

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Verhöhnung der Tot.

Einem der blamabelsten Skandale im neuen Deutschen Reich bildet die Behandlung der Kriegsveteranen. Der soeben erschienene Bericht über die Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion bringt wieder einmal in Erinnerung, daß allein in den letzten 14 Monaten der Reichstag zweimal beschlossen hat, den bedürftigen Veteranen eine Beihilfe zu gewähren, trotzdem aber die Veteranen nichts erhielten, weil angeblich kein Geld für diesen Zweck flüssig zu machen ist. Dabei handelt es sich um eine Lappalie, denn nach den Beschlüssen des Reichstags sollen nur diejenigen Kriegsteilnehmer unterstützt werden, deren Jahreseinkommen weniger als 900 (sechshundert) Mark beträgt, und sie sollen nur ein Almosen von 120 M. pro Jahr, d. h. 10 M. pro Monat erhalten. Insgesamt würden dafür nur 20—23 Millionen jedes Jahr erforderlich sein. Aber die sind für das Deutsche Reich unerträglich! Und das zu derselben Zeit, wo Professor Brentano ausgerechnet hat, daß allein durch die Getreidezölle eine Anzahl Privatpersonen — selbstverständlich Großgrundbesitzer — nur in den drei Jahren 1907—1909 weit über 2485 (zweitausendvierhundertfünfundachtzig) Millionen Mark Extraprofit eingefackt haben, der aus den Taschen aller Profiteure, also auch der Kriegsveteranen, geholt ist.

In Anbetracht dieser Sachlage hat nun ein Ober-Regierungsrat Winfinger in der „Deutschen Wirtschafts-Ztg.“ ein neues Projekt zum besten gegeben, wie man den Veteranen-feld durch eine Wehrsteuer aufbringen könne: ein Projekt, das — wenigstens, ohne es zu wollen — mit aller Deutlichkeit zeigt, wie die ganze Idee der Wehrsteuer nur auf eine Verhöhnung der nothleidenden Veteranen hinausläuft.

Herr Winfinger schlägt vor, die Wehrsteuer auf dem Wege der Versicherung aufzubringen, und zwar auf folgende Weise. Nach seiner Berechnung werden alljährlich rund eine Million Knaben geboren, wovon nach 20 Jahren jedoch nur 600 000 zur Gestellung kommen. Der Rest ist gestorben, ausgewandert, verkrüppelt usw. Von den 600 000 fallen nach den bisherigen Erfahrungen etwa 20 000 wegen schwerer Gebrechen aus, die sie in ihrem Erwerbe beeinträchtigen, 290 000 werden dienstfrei wegen Ueberzahltheit, leichter körperlicher Fehler oder auf Grund ihrer Familienverhältnisse, und nur 290 000 werden eingestellt. Herr Winfinger schlägt nun vor, von Reichs wegen eine Militärdienstversicherung zu gründen. Die 600 000 Knaben sollen, in 8 Klassen abgestuft, versichert werden derart, daß die unterste Klasse, deren Väter bis 900 M. Einkommen haben, 40 Pf. pro Woche zahlt, die oberste (mit Einkommen über 10 000 M.) 2 M. pro Woche. Herr Winfinger rechnet aus, daß auf diese Weise jedes Jahr 22,4 Millionen Mark zusammenkommen, in 19 Jahren (wohl nach Abzug der Verwaltungskosten) 423 Millionen. Die 20 000 Untauglichen müßten ihre eingezahlten Prämien zurückhalten im Betrage von etwa 15 Millionen Mark; das Versicherungskapital wäre auszugeben an die 290 000 Ausgehenden. Insgesamt würde das etwa 305 Millionen ausmachen. „Auch ohne Zinsen blieben also nahezu 120 Millionen Mark übrig, pro Jahr etwa 7 Millionen Mark.“

Obwohl nach Adam Riese eine Summe von 120 Millionen, auf 19 Jahre verteilt, nicht 7, sondern nur etwa 6 1/2 Millionen ergibt, lohnt es doch kaum, die Zahlen des Herrn Winfinger nachzuprüfen. Denn auch die Resultate, zu denen er kommt, sprechen deutlich genug. Er fährt nämlich gleich fort, daß mit dieser Berechnung das Reich nichts anfangen könne, weil es ja sofort Geld für die Veteranen braucht. Es müßte also von den jährlich einkommenden 22,4 Millionen (nach Abzug der Verwaltungskosten rund 22 Millionen) nur soviel zurückgelegt werden, daß nach 19 Jahren die dann zur Auszahlung nötigen 305 Millionen vorhanden sind, „und hierzu dürften 11—12 Millionen Mark genügen“. (Den Rest sollen vermutlich die Zinsen bringen.) Dann sollen noch weitere 1—2 Millionen zurückgelegt werden, um allmählich einen neuen Invalidenfonds anzusammeln, und so blieben für die Veteranen etwa 10 Millionen Mark jährlich zur Verfügung.

Also nach einem derartigen Aufwand von Arbeit und Mühe, nach Schaffung eines ganz neuen Reichsinstituts nur 10 Millionen Mark, während mindestens das Doppelte nötig ist, wenn man nur den Allerärmsten unter den Veteranen eine kleine Unterstützung geben will! Sind denn die Veteranen, die über 600 M. jährlich einnehmen, nicht auch unterstützungsbefähigt? Und ist denn 10 M. pro Monat (33 1/2 Pf. pro Tag) überhaupt eine Unterstützung zu nennen? Und doch käme mit all den Berechnungen des Herrn Ober-Regierungsrats Winfinger immer erst die Hälfte dieser Unterstützung heraus!

Dabei beachte man die kolossale Belastung der Steuerpflichtigen, die eine solche Versicherung mit sich brächte und über deren Bedeutung sich Herr Winfinger keineswegs klar geworden zu sein scheint. Ein bettelarmer Tagelöhner, dessen Jahreseinkommen weniger als 900 M. beträgt — also auch wenn er vielleicht nur 600—700 M. hat — soll wöchentlich für jeden Sohn 40 Pf. zahlen! Schon das ist sehr viel. Wenn er nun aber 2 oder 3 oder 5 Söhne hat, was doch wahrlich oft genug vorkommt? Nehmen wir nur 3 Söhne in der Familie an, so heißt das eine wöchentliche Nebenausgabe von 1,20 M. Die Klasse von 900—2000 M. Einkommen aber, der wohl so ziemlich alle nicht ganz schlecht finanzierten Profe-

tarier angehören, soll 60 Pf. pro Woche zahlen, d. h. bei drei Söhnen 1,80 M., pro Jahr über 90 M.! Oben aber soll die Progression schon bei 10 000 M. Einkommen aufhören. Auch wer 30 000, 50 000, 100 000 M. Einkommen hat, würde nur 6 M. pro Woche zahlen.

Wer das Leben kennt, weiß, daß dies nicht nur für die ganz Armen, sondern auch für den kleineren Mittelstand eine schwere Belastung ist. Bei einem Einkommen von 2000 bis 3000 M. macht es für 3 Söhne bereits 120 M. im Jahre aus. Und damit kommen wir zu einem anderen sehr bedenklichen Punkt, der für jede Wehrsteuer gilt; es verleiht sich schlechterdings von selbst, daß nach Einführung einer solchen Extrasteuer ein jeder darauf sehen müßte, nicht allzuviel Kinder zu haben. Eine weitere Einschränkung der Volksvermehrung wäre die unvermeidliche Folge. Nun wird es zwar Leute geben, die darüber lächeln. Kann Deutschland das nicht vertragen? Haben wir nicht einen so gewaltigen Geburtenüberschuß, daß das gar nichts ausmachen würde? — Doch nur gemacht! Man hat sich in der Deffentlichkeit gewöhnt, mit dem starken Wachstum des deutschen Volkes zu prahlen und es als etwas Naturwüchsiges anzusehen. Aber der Kenner urteilt anders darüber.

Doch haben wir seit 10 Jahren eine Volkszunahme um 800 000—850 000 Köpfe alljährlich. Aber daneben besteht die Tatsache, daß schon seit 34 Jahren, nämlich seit 1876, die Zahl der Geburten in Deutschland ununterbrochen abgenommen hat, und zwar bereits um ein volles Viertel. Darüber aber sind sich alle Sachkenner längst einig, daß hierbei die absichtliche Einschränkung der Zeugung eine große Rolle spielt. Es fehlte nur so ein Gesetz, das die Einschränkung der Kinderzeugung noch künstlich steigerte, und wir würden in Sachen der Volksvermehrung unser blaues Wunder erleben.

Wozu nun aber dieser ganze Aufwand an Hirnschmalz, um ein System anzuklügeln, das schließlich doch nur die Hälfte eines kümmerlichen Almosen bringen würde? Wozu das ganze Gerede von der Wehrsteuer, die schließlich sogar Deutschlands Wehrkraft an der Wurzel, nämlich an seiner Volksvermehrung zu schädigen geeignet wäre? Nur weil die Reichen nicht zahlen wollen! Nur um auch diese Last wieder auf die darobende Masse abzuwälzen. Warum zahlen sie denn nicht die lumpigen paar Millionen, die sie selbst immer prahlerisch als eine „Ehrenschuld der Nation“ bezeichnen — warum zahlen sie sie nicht aus den Milliarden, die sie aus dem Brodwucher ziehen? Sie würden noch nicht einmal etwas merken von der winzigen Ausgabe. Aber selbst dazu sind sie zu selbstüchtig.

Vom Parteitag.

Magdeburg, 19. September.

Eine gewaltige Zahl von Delegierten hat sich in Magdeburg eingefunden, und riesig war auch der Jubel bei der Eröffnungsfest am Sonntag. Da das Sitzungszentrum für die gewaltigen Massen viel zu klein war, hatten die Magdeburger Genossen bereits zu 4 Uhr im großen Garten des Luisenparks ein Meeting veranstaltet, zu dem sich Tausende und Abertausende eingefunden hatten. Von der Veranda des Saalgebäudes herab sprachen nacheinander Lebebour, der bairische Genosse Stauning, Dr. Frank und Clara Zetkin. Sie alle behandelten von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die Königsberger Gottesgnadenrede und entzettelten durch ihre heißenden Erklärungen und den temperamentvollen Aufruf zum Kampf für die nächsten Reichstagswahlen stürmische Beifallshandgebungen.

Um 7 Uhr fand dann im Saale, in dem sich die Massen Kopf an Kopf drängten, die Eröffnungssitzung statt. Magdeburgs ältester Parteigenosse und früherer Vertreter im Reichstage, Genosse Klees, hieß die Delegierten mit schlichter Herzlichkeit willkommen und führte ihnen ein Bild der Magdeburger Parteibewegung der Vergangenheit vor. Seine Rede klang in der Erwartung aus, daß der Magdeburger Parteitag die prinzipielle und tatsächliche Geschlossenheit der Partei, diese Vorbedingung des Sieges des Proletariats, bestätigen möge.

Genosse Mollenhuth entrollte schließlich in großen Zügen ein Bild der politischen Situation im allgemeinen, um daran anknüpfend in knappen Umrissen die Aufgabe der Partei und des Parteitages zu kennzeichnen. Dem durch die Königsberger Kaiserrede proklamierten absolutistischen Junkerstaat sei der energische demokratische Willen des Volkes entgegenzusetzen. — Nachdem sich alsdann der Parteitag, der die Genossen Diez, Stutgart und Kläh-Wagdeburg zu Vorsitzenden gewählt, konstituiert und seine Tagesordnung festgelegt hatte, erfolgte nach einem stimmungsvollen Gesangsvoortrage der Schluß der Vorversammlung. —

In der ersten Sitzung am Montagvormittag brachte Genosse Diez eine große Zahl von Begrüßungstelegrammen zur Kenntnis, die aus allen Teilen des Reiches und des Auslandes eingegangen waren. Daran schlossen sich persönliche Begrüßungen durch eine lange Reihe ausländischer Gäste. Für Deutsch-Oesterreich überbrachte Genosse Schrammel die Glückwünsche der sozialdemokratischen Bruderpartei, für die tschechische Parteigruppe Sméral, für Dänemark Stauning, für Holland Loopuit, für England Keir Hardie und für Amerika endlich Wahlteich. Die Ansprachen erweckten lebhaftes Interesse und fanden reichen Beifall.

Den Geschäftsbericht des Parteivorstandes erstattete Pfannkuch, der den Parteivorstand zunächst gegen den Vorwurf verwarf,

daß er es mit den ihm zur Berücksichtigung überlieferten Anträgen allzu leicht nehme. Sei doch die Genossenschaftsfrage auf die Anregung eines solchen Antrages hin auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages gesetzt worden. Auch stellte Pfannkuch die Befriedigung der durch neue Anträge bekundeten Wünsche auf regelmäßige Lieferung von aktuellem Agitationsmaterial in Aussicht. Der Bericht lieferte weiter den erfreulichen Beweis des unausgesetzten Wachstums unserer Organisationen. Freilich erklärte der Redner mit Recht, daß die politische Organisation erst dann als eine befriedigende anzusehen sei, wenn ihr die Mehrzahl aller sozialdemokratischen Wähler in den meisten Wahlkreisen angehören. Zum Schluß wendete sich Pfannkuch mit Entschiedenheit gegen die Legende, als habe der Parteivorstand in der Wahlrechtsfrage gebremst oder eine Diskussion des Massenstreiks zu unterbinden versucht. Der Parteivorstand habe in der kritischen Situation getan, was zu tun gewesen sei, und er werde auch in ähnlichen Situationen seine Pflicht voll und ganz zu erfüllen suchen.

Genosse Ebert erstattete alsdann am Stulle des durch Krankheit verhinderten Genossen Gerich den Kassenbericht. Er widmete dem Extrakten warme Worte der Teilnahme und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Genosse Gerich bald in alter Frische seinen verantwortungsvollen Posten wieder einnehmen werde. Das augenblickliche Kassenbild schilderte Ebert als minder erfreulich als im vorigen Jahre, doch rechnete er bei dem Pflichterfüllen der Genossen, daß die Parteilasse auch den gesteigerten Ansprüchen des bevorstehenden Wahljahres gewachsen sein werde. Nach dem von Raden gegebenen Bericht der Kontrollkommission trat der Parteitag in die Beratung des Berichts und der in Frage kommenden Anträge ein.

Die Nachmittagsitzung setzte die Beratung der Anträge fort, die sich in der Hauptsache auf den Ausbau der Parteipresse und der Agitationsliteratur bezogen. Eine Reihe dieser Anträge, die zum Teil wertvolle Anregungen enthielten, wurden dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen. — Nach der Tagesordnung wäre nunmehr die Frage der badischen Budgetbewilligung an der Reihe gewesen, doch stimmte der Parteitag dem Vorsitzenden zu, der vorschlug, diesen Punkt erst am Dienstag früh zu verhandeln. Als Referenten wurden Nebel und Frank sprechen. Vom Parteivorstand und den Kontrollleuten liegt bereits eine Resolution vor, die den Budgetbewilligern die schärfste Mißbilligung ausdrückt.

Ueber die „Kaiserfeier“ hält Genosse Müller ein kurzes Referat. Die Kaiserfeier, fährt er aus, war im Jahre 1910 eine äußerst imposante, weil sie nicht nur am Sonntag stattfand, sondern auch durch die politische Situation, die Wahlrechtsbewegung, begünstigt wurde. Der Internationale Kongreß hat die Verlegung der Kaiserfeier auf den ersten Sonntag im Mai mit Recht abgelehnt. Auch im nächsten Jahre werden die Reichstagsneuwahlen und die erneut einsetzende Wahlrechtsbewegung eine würdige Feier des 1. Mai auch an einem Wochentage sichern. — Rasche Erledigung fand auch der weitere Punkt der Tagesordnung, der Bericht vom Internationalen Kongreß, den Richard Fischer erstattete. Fischer spottete über das Bemühen der bürgerlichen, der offiziellen Presse, den Kongreß totzuschweigen. Dabei waren 33 Nationen durch Delegierte vertreten. Einen glänzenden Eindruck habe das Parteilieben Dänemarks, seine brillante Organisation, die außerordentliche Verbreitung der sozialdemokratischen Presse gemacht. Von diesem Vorbild hätten die Proletarier der anderen Länder zu lernen. In knapper, pointier Form verbreitet sich Fischer dann über die Verhandlungsgegenstände des Kongresses.

Eine eigentliche Diskussion fand über den Bericht nicht statt, so daß, nachdem der Antrag der Mühlhauser Genossen, den Ostkreis der elsässischen Genossen zu behandeln, dem nächsten Parteitag zugewiesen war, noch der Bericht der Mandatsprüfungskommission erledigt werden konnte. Er zeigt, daß der Parteitag der am stärksten besuchte seit Halle ist. Ein Antrag der Kommission, die Mandate der Delegierten Grütz und Rosa Luxemburg wegen angeblichen formalen Verstoßes für ungültig zu erklären, wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, nachdem von mehreren Rednern erschöpfend dargelegt worden war, daß diese Mandate durchaus zu Recht bestehen.

Folgende Resolutionen sind dem Parteitag zugegangen:

Zur Verweigerung des Budgets.

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reich wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Massen wohl notgedrungen mit keinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblidet deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigelegte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefassten Parteitagbeschlüsse und eine schwere Verletzung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerhöchste Mißbilligung aus.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sozialdemokratischen Kolonnen für deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Kurzigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Der Parteitag erklärt selber die Teilnahme an föhlichen Zeremonien und monarchischen Lokalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundbänden und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.
Partei Vorstand und Kontrollkommission.

Zur Wahlrechtsfrage.

Der in Deutschland herrschende, scheinverfassungsmäßige Militarabsolutismus wurzelt in den reaktionären Verfassungsbegriffen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaatlichen Wahlgesetzen, die mit ihrer auf dem Geldsak beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.

Besonders das Dreiklassenwahlrecht in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten.

Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlrechts für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erreichung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen.

Partei Vorstand und Kontrollkommission.

Zum Genossenschaftswesen.

Bei der Betätigung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht.

Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Verbrauchsgüter den täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Ankaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigen Verbrauchsgüter, die vor allem eine Folge der agrarischen Politik und Wirtschaftspolitik des deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Mäßigkeit des Konsums aufmerksam gemacht und hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse beden, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Rot- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Arbeitnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbstständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterfütterung im Klassenkampf sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegenstände wächst ihre Eigenständigkeit in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmsgeheuliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmassnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ebendies die Gründungen von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Interessen der Arbeiterklasse, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Lösung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.

Partei Vorstand und Kontrollkommission.

Zum Rixdorfer Wahlrechtsraub.

Bei den Erörterungen über die Aufstellung der Rixdorfer Wählerlisten wird in der Öffentlichkeit mehrfach geäußert, daß das vor 2 Jahren gegebene Rixdorfer Wahlrechtsstatut vom Oberverwaltungsgericht für „ungültig“ erklärt worden wäre, wegen der Verletzung des Rixdorfer Magistrats behaupten, das Oberverwaltungsgericht hätte darüber noch nicht entschieden. Diese ganze Erörterung trifft nicht den Kern der Sache. Das Rixdorfer Wahlrechtsstatut ist gültig, aber die Anwendung, die die Rixdorfer Behörden davon machen, ist ungeschichtlich und dies hat das Oberverwaltungsgericht bereits ausgesprochen.

Das Statut, wodurch für Rixdorf als untere Grenze der zweiten Wählerabteilung an Stelle des sogenannten einfachen Durchschnitts der Steuerleistung das anderthalbfache der durchschnittlichen Steuerleistung eingeführt wurde, war ein Wahlrechtsraub, wenn er sich auch in legalen Formen vollzog, eine Herabwürdigung des Wahlrechts weiter Schichten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes. Oder, richtiger gesagt, es war ein Versuch dieses Wahlrechtsraubs; ein Raub für die Zukunft, der erst unter Verhältnissen Wirkung erlangen kann, die jetzt und voraussichtlich auf lange hinaus in Rixdorf nicht eintreten werden. Aber immerhin machte bei diesem Raube die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung von einem ihr — leider — geschicklich zuzuschreibenden Rechte Gebrauch, daß sie freilich in einer höchst willkürlichen und unehrenhaften Weise ausnützte.

Was aber jetzt geschieht, ist eine gröhliche Verletzung des Gesetzes. Es ist schlimmer als der Wahlrechtsraub vor zwei Jahren, der sich wenigstens auf das Gesetz berufen konnte.

Die Sache liegt kurz folgendermaßen: Die Wählerabteilungen werden allgemein nach dem Durchschnittsprinzip gebildet. Diejenigen, die das erste Drittel der gesamten Steuerleistung aufbringen, wählen in der ersten, die Wähler, die das zweite Drittel der Steuern zahlen, in der zweiten, die Uebrigen in der dritten Abteilung. Durch das Gesetz vom 30. Juni 1900 ist nun dieses Durchschnittsprinzip für Städte von mehr als 10 000 Einwohnern mobilisiert worden. Auch in solchen Städten bildet es zwar die Grundlage der Klasseneinteilung der Wähler; jeder Wähler aber, dessen Steuer den durchschnittlich auf den einzelnen Wähler treffenden Steuerbetrag übersteigt, darf niemals der dritten Ab-

teilung zugehören, sondern muß mindestens zur zweiten gerechnet werden. Wer also unter dem gewöhnlichen Prinzip der Dreiteilung in der dritten Abteilung wählen würde, aber mehr als die durchschnittliche Steuerhöhe zahlt, wird aus der dritten in die zweite Abteilung übergeführt.

Durch dieses sogenannte Durchschnittsprinzip sollte dem allzu plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts in den Gemeinden entgegengetrieben werden. Um aber die Räume der Gerechtigkeit nicht in den Himmel wachsen zu lassen und eine wahrhaft demokratische Wirkung auszusprechen, wurde in demselben Gesetz bestimmt, daß die Gemeinden durch Ortsstatut die Uebertritte aus der dritten in die zweite Abteilung auf diejenigen Wähler beschränken dürfen, die nicht den einfachen Durchschnitt, sondern das anderthalbfache des Durchschnitts der Steuerleistung zahlen.

Einen solchen Beschluß hat die Stadtverordnetenversammlung Rixdorfs gefaßt, abgesehen er für Rixdorf ganz gegenstandslos war. In Rixdorf gehören nämlich ohnehin sämtliche Wähler, die den Durchschnitt der Steuern zahlen, nach dem Grundprinzip der Dreiteilung zur zweiten Abteilung, brauchen also gar nicht erst auf Grund des Prinzips des einfachen oder anderthalbfachen Durchschnitts aus der dritten in die zweite übergeführt zu werden.

Wenn Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Rixdorf diesen Beschluß gefaßt haben, so war das natürlich nicht eine völlig sinnlose Spekulation auf einen momentan gar nicht praktischen Fall, sondern sie taten es, weil sie von der irigen Auffassung ausgingen, das „Durchschnittsprinzip“ des Gesetzes vom 30. Juni 1900 bringe nicht nur Wählern der dritten Abteilung, die den Durchschnitt zahlen, die unbedingt Zugehörigkeit zur zweiten Abteilung, sondern gestatte auch, die Wähler, welche nach dem Durchschnittsprinzip zur zweiten Abteilung gehören, aus dieser auszuschließen, wenn sie nicht den Durchschnitt zahlen.

Auf Grund dieser falschen Auffassung sind in Rixdorf schon vor dem Ortsstatut die Wählerlisten so aufgestellt worden, daß eine Anzahl Wähler aus der auf Grund des Durchschnittsprinzips gebildeten zweiten Abteilung ausgeschlossen und in die dritte verwiesen worden sind. Auf Grund derselben falschen Auslegung will jetzt die Stadtverordnetenversammlung Zehntausende von Wählern, die zur zweiten Abteilung gehören, in die dritte bringen, weil sie nicht den anderthalbfachen Durchschnitt der Steuerleistung zahlen.

Diese Auslegung aber, die immer im Widerspruch zu allen maßgebenden Kommentatoren und zu den Ausführungsbestimmungen der preussischen Regierung stand, ist gerade für Rixdorf bereits vom Oberverwaltungsgericht endgültig und rechtskräftig für falsch erklärt worden. In dem Prozeß des Stadtverordneten Conrad gegen die Stadtverordnetenversammlung, der die Wählerliste von 1908 betraf, hat das Oberverwaltungsgericht bereits am 18. Januar 1910 zu Ungunsten der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung entschieden und ausdrücklich erklärt, daß auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1900 immer nur Wähler die nach dem Durchschnittsprinzip zur dritten Abteilung gehören in die zweite Klasse kommen dürfen, daß aber nie umgekehrt eine Verweisung aus der zweiten in die dritte Klasse zulässig wäre. Das gilt sowohl vom Prinzip des einfachen als natürlich erst recht von dem des anderthalbfachen Durchschnitts.

Bereits am 25. Mai 1900 hatte in dem Prozeß Conrad dies der Bezirksauschuss zu Potsdam erklärt. Trotzdem legte der Magistrat die Liste für 1910 wieder nach dem falschen Prinzip an, nur daß jetzt sogar alle Wähler, die nicht den anderthalbfachen Durchschnitt zahlen, in die dritte Klasse gebracht wurden. Die hiergegen gerichtete Klage des Stadtverordneten Scholz, die im November 1909 eingereicht war, wurde bis zur Entscheidung der Sache Conrad ausgesetzt, vermutlich weil der Bezirksauschuss es als selbstverständlich anfaß, daß die Stadtverordnetenversammlung sich nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts richten würde. Dies war nun freilich ein Irrtum. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung erkannte auch nach der Befehung durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 18. Januar 1910 ihr Unrecht nicht an. Dagegen wurde nunmehr die Entscheidung beim Bezirksauschuss im zweiten Prozeß dadurch verzögert, daß die Akten des Magistrats erst kurz vor dem 28. Juni, d. h. vier Monate nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts dem Bezirksauschuss übersendet wurden. Der Bezirksauschuss entschied selbstverständlich wieder im Sinne der richtigen Auslegung und des Urteils des Oberverwaltungsgerichts. Hiergegen hat trotz der absoluten Unmöglichkeit des Prozesses, der ja im Prinzip bereits vom Oberverwaltungsgericht entschieden ist, die Stadtverordnetenversammlung wieder Berufung eingelegt, was bei der Geschäftsfrage des Oberverwaltungsgerichts bedeutet, daß die Entscheidung frühestens in etwa 6 Monaten, vielleicht erst in einem Jahre gefällt wird. Zugleich legt nun aber der Magistrat nach dem bereits für ungeschichtlich erklärten Prinzip von neuem die Wählerliste für 1911 falsch an, und die Stadtverordnetenversammlung verwirft die Einsprüche hiergegen. Wenn der Prozeß bei dem Oberverwaltungsgericht lange dauert, kann es geschehen, daß auch die Liste für 1912 wieder Zehntausenden von Wählern ihr Wahlrecht zweiter Abteilung nimmt, obwohl das Oberverwaltungsgericht längst die Ungeschicklichkeit dieses Verfahrens festgestellt hat.

Es ist durchaus irreführend, wenn der Bürgermeister Weinreich in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September erklärt hat, die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts stände noch aus, denn die ergangene beträfe nicht das Ortsstatut. In Wahrheit ist die rechtskräftige Entscheidung gefallen. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts und die jetzige Anlegung der Wählerliste haben beide mit der Gültigkeit des Ortsstatuts gar nichts zu tun, sondern nur mit der Frage der Auslegung des Gesetzes vom 30. Juni 1900, und diese Frage ist entschieden.

Warum die Rixdorfer Gewaltigen sich wehren, die Rechtslage anzuerkennen und warum sie suchen, die richtige Anwendung des Gesetzes und der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts so lange wie möglich hinauszuziehen, ist klar, wenn man sich überlegt, daß inzwischen neue Stadtverordnetenwahlen stattfinden und daß man wünscht, diese auf Grund der ungeschicklichen Listen vornehmen zu lassen. Da Zehntausende von Wählern aus der zweiten Abteilung rechtswidrig ausgeschlossen werden, wird dadurch die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung in erheblichem Grade verändert. Bis dann die auf so ungeschickliche Weise zustande gekommenen Wahlen wiederum angefochten und für ungültig erklärt werden, können wiederum Jahr und Tag vergehen.

Es ist nicht zuviel gesagt, daß dies Vorgehen weit schlimmer ist als der Wahlrechtsraub durch das Ortsstatut, denn es vermag sich nicht im geringsten auf geschickliche Beschlüsse zu berufen. Es ist ein Mißbrauch des Majoritätsrechtes vorgenommen in bewusster Widersprechung und unter Mißachtung der einzig möglichen von der Wissenschaft und dem Oberverwaltungsgericht angenommenen Auslegung und mit dem Erfolg der Verschleppung und der Herabwürdigung ungültiger Stadtverordnetenwahlen.

Den Vorteil hat natürlich die Sozialdemokratie, die sehr zufrieden ist, wenn sie statt eines Wahlkampfes deren zwei erlebt, und noch dazu mit einer so ausgezeichneten Wahlparole, wie ihr die heutige Mehrheit der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung hiermit in die Hände gespielt hat.

Wolfgang Heine.

Zur Eröffnung des finnischen Landtages.

Man schreibt uns aus Helsingfors, am 14. September: Auf Befehl des Zaren sind heute die finnischen Volksvertreter zu einer außerordentlichen Landtagssession zusammengetreten. Der Landtag soll diesmal sein Votum abgeben über Gesetzentwürfe, die auf ungeschicklichem Wege von den russischen Regierenden und gesetzgebenden Instanzen ausgearbeitet wurden, die verfassungsmäßige Vertretung des finnischen Volkes soll auf Befehl des Zaren den von ihm und seiner Regierung vollzogenen Rechtsbruch sanktionieren und sich in Widerspruch stellen mit den Interessen und Rechten des Volkes. Die finnische Volksvertretung hat zuletzt im Mai d. J. Klipp und klar erklärt, sie könne und werde für Finnland keine andere Gesetzgebung als bindend betrachten, als die von der finnischen Verfassung vorgeschriebene. Sie unterbreitete auch zugleich dem Zaren das dringende Verlangen, Finnland nach der finnischen Verfassung regieren zu lassen. Trotz dieser kategorischen Erklärung läßt die Petersburger Regierung auf die Gewalt den Hohn folgen und mutet der finnischen Volksvertretung wieder zu, sich der tyrannischen Gewalt öffentlich zu beugen.

Die jetzigen Vorlagen der russischen Regierung sind die Früchte der Finnlandhebe, die in der zweiten Hälfte der verfloffenen Session in der Duma einsetzte. Man sieht russischerseits das sogenannte allgemein-staatliche Gesetz bereits als durchgeföhrt und die finnische Verfassung als vernichtet an. Wenigstens gibt man der Sache in Petersburg diesen Schein. Aus diesen Beweggründen heraus verlangt die Zarenregierung von Finnland die Anerkennung der Militärkontribution, die ohne Zustimmung des Landtages dem Volke auferlegt wurde, wie auch der sogenannten Gleichberechtigungsvorlage, die einen Hohn auf die Gleichheit und Gerechtigkeit bedeutet und nur der Russifizierung Finnlands Vorschub leisten soll. Auch die dritte Vorlage, laut welcher der Landtag einen Robus ausarbeiten soll, wie die finnischen Vertreter für die Duma und den Reichstag — gemäß dem von der Duma und nicht vom finnischen Landtag angenommenen Gesetze — zu wählen wären, reiht sich würdig den beiden ersteren an. Der Landtag wies das Gesetz als in allen Stücken verfassungswidrig zurück und verlangte in einem Memorandum an den Zaren, daß Finnland endlich wieder verfassungsgemäß regiert werde. Als Antwort erfolgte die Einberufung des Landtages — zur Beratung und Gutheißung neuer ungeschicklicher Vorlagen!

Wie wird sich der Landtag zu ihnen stellen? Seitdem der Landtag Ende Mai auseinanderging, hat sich nichts ereignet, das als Umschlag zugunsten der russischen Regierung angesehen werden könnte. Vielmehr haben die Maßregeln und Unterscheidungen der Petersburger Regierung und des finnischen „Säbennats“ täglich dazu beigetragen, die oppositionelle Stimmung in allen Klassen und Parteien zu stärken und zu festigen. Alle sind darin einig, daß der Landtag den russischen Gewaltthätern diesmal ein ebenso kategorisches Nein entgegenzuschleudern wird, wie in der verfloffenen Session. Die bürgerlichen Parteien wären freilich wohl dafür zu haben, im Grunde mit der schwächsten Reaktion gegen die Freiheit des Volkes ein Komplott zu bilden, um die Sozialdemokratie niederzureiten. Bei vielen finnischen Kapitalisten und Unternehmern gilt Rußland ohnehin als das gelobte Land des Profits. Aber die Bräute, die die russische Regierung ihnen gebaut hat, erscheint dennoch selbst diesen unsicheren Reaktionisten als zu gefährlich, um darauf zu treten. Noch sind sie nicht soweit, um auf ihre politische Selbstständigkeit im Lande zu verzichten und dagegen als Entgelt die rechtlos gemachten Arbeitermassen ausgeliefert zu erhalten. Die finnische Bourgeoisie hat auch allen Anlaß, das Proletariat Finnlands ernstlich einzuschähen, als das Stolypin und seine Kreaturen tun. Auch entredet, wird das finnische Proletariat eine Macht im Lande bilden, mit der die herrschenden Klassen werden rechnen müssen!

Die Bourgeoisie und das Proletariat sehen sich in Finnland, wie überall, feindlich gegenüber. Inwiefern haben sie gegenwärtig im Kampfe gegen die russischen Gewaltthäter soviel gemeinsame Interessen, daß sie zusammen vorgehen können. Die Verfassung ist für beide Teile im Vergleich zum russischen Absolutismus sehr wertvoll, daher werden wir sie auch jetzt die Verfassung gemeinsam verteidigen sehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September 1910.

Amthliches Wahlergebnis in Frankfurt-Lebus.

Nach endgültiger amthlicher Feststellung sind am 15. September bei der Reichstagswahlwahl im Kreise Frankfurt-Lebus insgesamt 28 695 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten Genosse Haber (Frankfurt a. D.) 14 319, Geheimer Archivar Winter-Wagdeburg (nationalliberal) 7754 Arbeitersekretär Dunkel-Berlin (konservativ) 6695 Stimmen. — Das amthliche Wahlergebnis läßt die zersplitterten Stimmen außer Anrechnung. Wenn die Ziffern richtig sind, müssen immerhin 27 zersplitterte Stimmen mitgezählt sein, oder beruht auch dieses Resultat auf einem Rechenfehler?

Es ist demnach eine Stichwahl zwischen Haber und Winter erforderlich, die, wie wir bereits meldeten, auf Montag, den 26. September, festgesetzt ist.

Reichsbilanzverfleierung.

Die Regierung befindet sich, wie wir schon am Sonntag meldeten, in einer recht unbehaglichen Lage. Der Reichsschatzsekretär hat trotz des Widerspruchs der Ressortminister wiederholt von ihren Forderungen größere und kleinere Summen abgestrichen, damit nicht noch vor den nächsten Reichstagswahlen die Regierung offiziell erklären muß, daß schon jetzt die durch die letzte blaushwarze Reichsfinanzreform dem Volke abgepreßten Mittel in keiner Weise ausreichen, die höher und höher hinaufgetriebenen Ausgaben zu decken und deshalb bereits wieder eine neue Reichsfinanzreform, d. h. eine neue Belastung der Steuerzahler um mehrere Hundert Millionen nötig ist. Aber wieviele der Geldforderungen seiner Herren Kollegen der Reichsschatzsekretär auch gestrichen, das heißt vorläufig auf Rücksicht auf die nächsten Reichstagswahlen zurückgestellt hat, noch immer ist das Gleichgewicht nicht hergestellt, so daß sich drohend das Gespenst der Beschaffung neuer Mittel erhebt. Das ist recht bitter; denn mit der Parole in den Wahlkampf zu ziehen: „Neue Steuermillionen her; die vor zwei Jahren bewilligten reichen nirgends mehr!“ paßt weder der Regierung, noch ihren Trabanten. Deutlich zeigt sich diese Mißstimmung in folgender von einer hiesigen halboffiziösen Korrespondenz verbreiteten Vorbereitungsnotiz auf demnächstige Neuordnungen:

„Die Bilanzierung des neuen Reichsetats für 1911 macht, wie wir hören, dem Reichsschatzsekretär diesmal erhebliche Schwierigkeiten. Obgleich die Ressortforderungen schon auf ein Mindestmaß beschränkt waren, sind doch noch so große Streichungen vorgenommen worden, daß in den Ressorts

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Die Eröffnungssitzung. Sonntag, 18. September. Magdeburg, den 18. September.

Schon lange vor Beginn der Verhandlungen waren der schöne geräumige Saal des Luisenparks, der seinen anderen Schmuck als das leuchtende Weiß und Gold seiner Wände trägt, und die breiten Tribünen überfüllt. So zahlreich, wie noch zu keinem Parteitag, haben sich die Delegierten eingefunden. Der Saal ist von den Parteitagsmitgliedern fast bis auf den letzten Platz besetzt, während sich in den Seitengängen die Zuhörermassen stauen. Eine dicke Menge, Kopf an Kopf, Genossinnen und Genossen, harrt geduldig der Eröffnung der diesjährigen Tagung des organisierten deutschen Proletariats. Man sieht es: die kampferprobte Arbeiterschaft des althistorischen Parteiorts Magdeburg ist stolz darauf, daß das Parlament der Arbeiterklasse diesmal in ihren Mauern tagt. Nach allem guten Brauch haben die Bruderparteien des Auslandes ihre Vertreter entsandt. Für die dänische Sozialdemokratie ist anwesend Genosse Stauning-Kopenhagen, die tschechische Sozialdemokratie vertritt Genosse Schnermal-Prag, aus Holland sind die Genossen Loopuit-Amsterdam, Soogd und Ricardo zur Stelle, Kerr Hardie vertritt zugleich die I. R. P. und die L. P., die unabhängige Arbeiterpartei und die Arbeiterpartei Großbritanniens. Ferner sind anwesend die Genossen Karl Moor-Bern, für die Schweizerische Sozialdemokratie, Ludwig Redischneider-Wien für die Parteivertretung und Seliger-Tepitz für die Reichsratsfraktion der österreichischen Sozialdemokratie. Die Bühne trägt als einzigen Schmuck die Büsten von Marx und Lassalle, die ein grüner Dain frischer Mattpflanzen umgibt.

Als August Bebel den Saal betritt, wird er mit jubelndem Beifall begrüßt. Der Beifall erneuert sich in gleicher stürmischer Stärke, als Bebel seinen Platz an der Spitze einer der Mittelstufen einnimmt. Bald darauf erschallt von der Galerie, vorgelesen von den Arbeiterjüngern von Magdeburg, das Chorlied: das heilige Feuer. Das prächtig vorgelesene Lied löst stürmischen Beifall aus.

Um 7 Uhr betritt der alte Parteiveteran Genosse Arees-Magdeburg die Redtribüne und hält folgende Begrüßungsansprache:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Da ich beauftragt bin, Sie im Namen der Magdeburger Parteigenossen zu begrüßen, so gestatten Sie mir, einige Ausführungen über den Entwicklungsgang der Magdeburger Arbeiterbewegung zu machen. Das meiste haben Sie ja schon aus der „Neuen Welt“ und aus dem Buche erfahren, das Ihnen von den Magdeburger Parteigenossen eingehändig worden ist. Dem Genossen Julius Bremer wurde es Ende der sechziger Jahre im damaligen Arbeiterbildungsverein unendlich gemacht, über die soziale Frage zu sprechen, indem der Verein beschloß: über Politik darf hier nicht gesprochen werden. Genosse Bremer unternahm es darauf, einen sozialen Reformverein zu gründen. Seitdem gehöre auch ich der sozialdemokratischen Bewegung an. Dieser betonte von Anfang an die internationale Verbrüderung der sozialistisch gesinnten Arbeiter aller Länder. Das von Wilhelm Liebknecht redigierte „Demokratische Wochenblatt“ wurde zum Vereinsorgan erklärt und etwa dreißig Mitglieder schlossen sich als Einzelmitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation an. Bald darauf suchte uns der Genosse Brack, damals Hauptkassierer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, zu bewegen, diesem beizutreten. Wir stellten aber im Gegenfah zu dem „nationalen“ Standpunkt des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an der Internationalität fest. 1869 wandten sich Wilhelm Liebknecht und August Bebel an die Arbeiterschaft Deutschlands und forderten zur Beschickung des Eisenacher Kongresses auf. Dort in Eisenach wurde die Konstituierung der auf dem Boden der Internationalität stehenden sozialdemokratischen Partei vorgenommen. Ich bin noch heute stolz darauf, an diesem Kongress teilgenommen zu haben. Soviel ich weiß, leben von den Teilnehmern dieser Tagung nur noch Bebel und ich. Sie wissen ja alle, welche Kämpfe denn zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Eisenachern stattfanden. Es kam soweit, daß ein Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hier in einer Verammlung in der Wallstraße den Antrag stellen konnte: die Verammlung wolle beschließen, daß Bebel und Brack nicht würdig

seien, vor Arbeitern zu reden“ (Hört! hört!) und daß dieser Antrag mit Hilfe gewerkschaftlich organisierter Bauarbeiter zur Annahme gelangte. Es ist charakteristisch, daß der damalige Antragsteller Wille später Werkführer auf der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven wurde. Der Kampf zwischen Eisenachern und Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein drehte sich damals vor allem um die Parole: Sie international, Sie national! und dann um die Kampffront. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein kämpfte damals leider nur gegen den Kapitalismus im allgemeinen, während wir den Kampf im speziellen aufnahmen gegen die Beauftragten des Kapitalismus, die herrschende Regierung und die herrschenden Parteien. Unser Kampf war nur möglich durch die größten persönlichen Opfer aller in der Agitation und der Presse Tätigen. Die Feindschaft zwischen den beiden Richtungen der sozialistischen Arbeiterschaft, die sogar dazu führte, daß in Hamburg Genosse Weis verwundet wurde, schloß sich nach und nach ab, und es kam im Jahre 1875 zum Gothaer Einigungskongreß. Damals sagte Genosse Ignaz Auer in seinem bayerischen Dialekt von uns Eisenachern: Wir sind stolz darauf, „ehlich“ genannt zu werden; wir sind arm, aber ehrlich. Nach der Vereinigung der materiellen und agitatorischen Kräfte kam es trotz aller Verfolgungen zu einem gewaltigen Aufschwung der Partei. Auch hier in Magdeburg war es möglich, eine eigene Zeitung zu gründen, wenn wir uns auch mit knappen Mitteln einrichten mußten. — Eben begannen unsere Unternehmungen zu prosperieren, da begannen die heillosen Attentatsversuche. Aus Furcht für Königsmörder gehalten zu werden, bestellten viele ängstliche Gemüter das Parteiblatt ab. Allein in Magdeburg verloren wir in einer Woche 800 Abonnenten. Ich brauche Ihnen nicht alle Verfolgungen zu schildern, die damals über uns ergingen. Löste man doch sogar die Gewerkschaften auf, die nichts mit Politik zu tun hatten, und versuchte selbst ihre Gelder zu konfiszieren. Wir selbst mußten Auslese unter den Genossen halten. Selbst aus Berlin und Leipzig ausgewiesene Parteigenossen entluden sich als Späher. Hier wie anderwärts gab es Geheimbundprozesse. Ich selbst habe 18 Monate im Gefängnis zubringen müssen. Mancher, der sich zuerst mit Worten besonders hervorhat, knickt im Augenblick der Entscheidung zusammen, oder ward gar zum Verräter. Aber es blieb ein Kern ungebeugter Genossen.

Und so gelang es denn wieder, die Bewegung hochzubringen. Noch vor Aufhebung des Ausnahmegesetzes konnten wir hier im Jahre 1889 eine Raifeier abhalten. — Wie ich mit Freude bezeugen habe zur Entwidlung der Partei und zur Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten, so habe ich mit Freude begrüßt, daß der Kongreß des Weltproletariats in Kopenhagen sich auf jenen Standpunkt stellte, den wir von Anfang an in der deutschen Arbeiterbewegung vertraten, daß die Macht und Stärke der Arbeiterbewegung in der Einheit der Partei und in der strikten Durchführung ihrer Beschlüsse wurzele. (Lebhafter Beifall.) Wir Magdeburger hoffen, daß der deutsche Parteitag, dem Beispiel von Kopenhagen folgend, sich bemühen wird, zum Besten des gesamten Proletariats die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten. (Beifall.) Daß die Magdeburger alles getan haben, um Ihnen den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu machen, davon werden Sie sich, glaube ich, selbst überzeugen. Seien Sie herzlich willkommen in Magdeburg! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf ergreift das Wort im Namen des Parteivorstandes Genosse Mollenhuth:

Parteigenossen! Ich glaube wohl in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn ich den Magdeburger Parteigenossen für den freundlichen Empfang, den Sie uns bereitet haben, unjener herzlichsten Dank ausspreche. (Beifall.) Wir dürfen wohl sagen, daß die Wände aller auf Magdeburg gerichtet sind, und zwar nicht nur die Wände des Proletariats, sondern auch die Wände der Gegner, die gern den Zustand erneut sehen, an den Arees erinnert hat, wo die Partei in zwei feindliche Lager gespalten war und die Genossen sich gegenseitig zerfleischten. Die Gegner warten darauf nicht etwa aus Freude am Ansehen, sondern weil sie wissen, daß das einst so geliebte und unterdrückte Proletariat allmählich der bedeutendste Faktor im politischen Leben geworden ist. Mit Furcht und Schrecken schauen alle anderen Klassen auf die Weiterentwicklung des Proletariats. Das das Proletariat an Macht besitzt, hat es sich aus eigener Kraft erkämpfen müssen. (Sehr richtig!) Nur dadurch, daß das Proletariat aus dem Sozialismus die Zusammenhänge der volkswirtschaftlichen und politischen Fragen erkannte, vermochte es sich zu dieser Macht durchzuringen. Das Proletariat erkannte, daß das ganze Leben ein Kampf um Klasseninteressen ist und es schuf sich seine politischen und wirtschaftlichen Organisationen, um seine Klasseninteressen zu verteidigen. Wir dürfen kühn behaupten, daß

das Proletariat heute eine Stellung einnimmt, die bereits hier und da den Reich anderer Massen erreicht. (Sehr richtig!) — Vor einigen Wochen hat der deutsche Kaiser in Königsberg darauf hingewiesen, daß seine Vorfahren aus eigenem Recht sich ihre Stellung erworben haben, und daß sie aus diesem Grunde nur Gott verantwortlich sind. Es läge ja die Versuchung nahe, ein wenig weiter auf die Hausgeschichte der Hohenzollern einzugehen (Sehr richtig!) und dabei eines Friedrich Wilhelm IV. zu gedenken, der der letzte absolute Monarch aus dem Hohenzollernhause gewesen ist. Dieser unterzeichnete im April 1848 das Gesetz, welches eine Volksvertretung für Preußen auf allgemeinem und gleichem Wahlrecht anordnete, ohne deren Zustimmung kein weiteres Gesetz erlassen werden soll. Mit diesem Augenblick hörten die Hohenzollern auf, absolute Monarchen in Preußen zu sein. Von Lassalle wissen wir, daß nicht die geschriebene Verfassung, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse das Entscheidende sind. So muß man es eigentlich mit Freude begrüßen, daß der Kaiser darauf hinweist, daß die Rechte, die der Reich sich aus eigener Macht anmaßt, seine historisch gewonnenen Rechte sind. (Zustimmung.) Der Satz gilt nicht nur für Fürsten, sondern für jeden Menschen, für jeden Proletarier, er gilt für das ganze Proletariat.

In den siebziger Jahren, als die Sozialdemokratie noch nicht ein Fünftel von dem war, was sie gegenwärtig ist, fürchteten sich bereits die Vertreter des mächtigen preussischen Staates vor dieser Bewegung. Hier von Magdeburg aus wurde der Staatsanwalt und Organisationsleiter Lessendorff nach Berlin berufen. Er hat damals alle seine Wünsche erfüllt bekommen, aber ein Wunsch ist ihm nicht in Erfüllung gegangen: die Sozialdemokratie ist nicht aus dem politischen Leben verschwunden. Vor der Lessendorffsade erhielten wir 250 000 Stimmen, nach ihr 483 000. Hier in Magdeburg wie überall wurde der Verweis erbracht, daß das Sozialistengesetz seinen Zweck nicht erfüllte. Die Verdringung unseres Geistes in Hamburg im August 1879 und die Nachwahl hier in Magdeburg im Dezember desselben Jahres erwiesene die Fruchtlosigkeit des Sozialistengesetzes. Als im Jahre 1890 die Partei die mächtigste Partei Deutschlands wurde, da verschwand mit dem Sozialistengesetz auch sein Schöpfer von der politischen Bühne. So kann auch die sozialdemokratische Partei von sich mit Zug und Recht sagen: die Stellung, die wir im Leben einnehmen, nehmen wir aus eigenem Recht ein. (Lebhafter Beifall.) Einen mächtigen Verbündeten hatten wir in der kapitalistischen Entwicklung. Durch die großkapitalistische Entwicklung, durch Syndikate und Kartelle wird die Entbehrlichkeit der Unternehmer demonstriert. Ein zweiter wichtiger Faktor unserer Erfolge ist der Umstand, daß der große Industriestaat Deutschland und der Industriestaat Preußen unter der Herrschaft einer Junkerclasse stehen und dadurch ein Gegenfah zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes und den politischen Einrichtungen geschaffen ist. Das Junkertum hat Caprivi zu Fall gebracht und den Kanalbau vereitelt. Das Agrarierwerden der Regierung hat aber Zustände geschaffen, die weit über die proletarischen Kreise hinaus als drückend empfunden werden. Die Junker füllen sich die Taschen, wollen aber vom Steuerzahler nichts wissen. Diese rücksichtslose Vertretung der Junkerinteressen öffnet weiten Kreisen die Augen und treibt uns Hunderttausende von neuen Anhängern zu. Aus dieser Situation erwachsen aber auch dem Proletariat ganz gewaltige Aufgaben.

Die allgemeine Teuerung trifft schwer alle Kreise. Mit ihr wurde ja auch die Erhöhung der Dividenden begründet. Was aber bei der Kosthaltung leicht beseitigt wird, ist bei den Arbeitern nur durch schwere Kämpfe zu beseitigen. Gleichzeitig mit den hohen Lebensmittelpreisen hat eine schwere Krise die Arbeiter heimgeführt. Die Vergarbeiter haben in den Jahren 1907 bis 1909 83 R. Jahresverdienst eingebüßt und Herr v. Camp erklärte, daß die Löhne der Landarbeiter erträglich geworden seien, seitdem sie erheblich zurückgegangen seien. (Hört, hört!) Zurückgehender Lohn und Steigen der Preise der Lebensmittel zwingen uns zum ernsthaften Kampfe gegen die Klassenherrschaft der Junker. Im wirtschaftlichen Leben sind die Streiks und die sonstigen Machtmittel der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter unsere Waffen. Im politischen Leben fällt die Entscheidung in den Wahlen. Vor einigen Wochen hat Herr v. Weismann Holfweg die Parole aus gegeben: der Schutz der nationalen Arbeit ist in Gefahr. Das ist nichts als eine verlogene Phrase. Es handelt sich vielmehr um den Schutz der Grundrente der Agrarier und der Rente der übrigen Besitzenden. (Sehr richtig!) Unsere Agrarier behaupten, daß aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung unser gesunder Nachwuchs hervorgehen soll. Dabei sehen wir aber, wie in immer steigendem Maße an die Stelle der schaffenden Landarbeiter die Wanderarbeiter treten. Keine Rede kann davon sein.

Kleines feuilleton.

Reisende Bilder aus dem russischen Klosterleben malt eine Korrespondentin des „Grashdanin“, die während der Sommermonate Erholung brauchte und sie am besten in dem Petersburger Kloster Neu-Jerusalem zu finden glaubte. Was sie hier erlebt hat, schildert sie in einem an den Fürsten Meshcherski gerichteten Brief: „Ich lebte einen ganzen Monat im Kloster“, schreibt sie. „Die gefahle Erholung fand ich nicht, im Gegenteil: meine Nerven sind jetzt noch mehr angegriffen. Es befanden sich im Kloster 60 Mönche, die sich gänzlich dem Fasten und der Völlerei hingaben. Es war fürchterlich, diese diaufgeschwemmten Mönche mit den stumpfsinnigen Gesichtern und den rein materiellen Instinkten auch nur anzusehen. Den ganzen Tag brachten sie mit Nichtstun hin. Zum Unterhalt solcher Faulpelze wird das Vermögen des Volkes verwandt. Die Mönche genieren sich nicht, halb bekrummt zum Gottesdienst zu kommen und zu lachen, zu schwätzen und zu lärmern. Sie betrunken sich und machen tiefe Verbeugungen, beginnen aber gleich darauf wieder zu lachen und sich zu unterhalten. Sobald der Gottesdienst zu Ende ist, holen sie aus dem Klostergarten Blumen, die sie den im Klostergebäude zurückgebliebenen Damen schenken. Es hat nämlich fast jeder Mönch sein Liebchen. Der Abt des Klosters ist der beglückte Liebhaber einer schon ziemlich angejahrten Generalin. Im Klostergarten sieht man die famosen Mönche oft sinnlos betrunken einhertorlefen. Natürlich sind die meisten dieser unerbittlichen Trinker syphilitisch. Sehen Sie das alles in Ihre Zeitung, Fürst, denn ich verbürge mich für die Wahrheit des Erzählten.“

Schiffe mit Glasböden. Die Verwendung des Glases in den verschiedenen Industrien hat in den letzten Jahrzehnten eine gewaltige Zunahme erfahren, aber das es im Schiffbau und in der Fischerei eine besondere Rolle spielt, das ist allerjüngsten Datums. Die Kaiserforster waren es, die zuerst den Versuch machten, Schiffe mit Glasböden zu bauen. Damit ist verwirklicht, was Jules Verne's Phantasie vorausahnte, als er seine „20 000 Meilen unter dem Meer“ schrieb: in diesen kalifornischen Glasfischen kann der Reisende wie im „Nautilus“ Jules Verne's während der Fahrt beobachten, was sich im Meere abspielt. Durchschnittlich vermag man bei klarem Wetter bis zu 10 Meter unter dem Wasserspiegel zu sehen. Die neue Erfindung hat auch ihre praktische Bedeutung. Wie ein französisches Blatt zu erzählen weiß, haben Versuche gezeigt, daß eine starke elektrische Erleuchtung dieser durchsichtigen Schiffböden auf die Fische eine große Anziehungskraft ausübt. Die stummen Wasserdwoner drängen sich zu der Lichtquelle, oft in dichten Scharen, und werden hier eine leichte Beute der ausgehehten Fischneze.

Theater.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus: „Ketten“, Komödie in drei Akten von Ormuz. Deutsch von Ludwig Lewin. — Als „Hemmschuh“, als „Kugel“ (am Bein), als „Fessel“ und dergleichen haben Dramatiker und Romanverfasser die „geliebte Frau“ in tausend Variationen dem berechneten bürgerlichen Publikum schon oft genug in Unfreiheit dresiert vorgeführt. Als „Kette“ präsentiert Ormuz in einer Komödie, die an drohenden Situationen und originellen Klüften nicht arm ist, deren „Leidens“ — mit Respekt zu sagen — aber am Problem der wirklich „freien Liebe“ vorbeischnappt wie der Blinde am Kadelohr. Was daher ein feinsinniges Pariser Publikum vermutlich mit lächerl. Höflichkeit ablehnen würde, das wurde am Sonnabend in der Berliner Premiere beklaut und herzlich belacht. Allerdings gaben die Darsteller der beiden „Angelieteten“ (Zettinger und Kaufmann) und die Darstellerinnen der beiden „Ketten“ (Loni Kupperecht und Willy Geh) ihr Bestes, so daß trotz aller Längen und Breiten der Komödie die Stimmung des Publikums auf der Höhe blieb.

Winter gab's noch Harry Paultons alten, von Doktor Mumenthal bearbeiteten Schwan in drei Akten „Kübe“: die bekannte Traumbergeschichte von der Figur, die nach dreitausendjährigem Wärmorochlaf zum Leben erwacht und ungeachtet ihres wohlkonservierten antiken Griechentums mit den Londoner Ladies und Gentlemen schönstes Englisch in Versen spricht. ... Auch hier war das Spiel alles: die prächtige Komik Alfred Samasows und die klassische Wärmorochre Ena Sydow. Das Publikum amüsierte sich noch besser als in den „Ketten“, obwohl die Darstellung einiges zu wünschen übrig ließ. G. D.

Humor und Satire.

Ein Pessimist: „Schopenhauer hat ganz recht mit dem, was er über die Weiber sagt: die Kellnerin pumpt mir nichts mehr!“ Glühender Patriot: „Sollte ich einmal lebensüberdrüssig werden, so würde ich mich von einem Hofzug überfahren lassen.“ Die Paradieseschlange. Die eifährige Eise erzählt ihrem vierjährigen Bruder die Schöpfungsgeschichte und sagt: „Da sprach der liebe Gott zur Schlange: „Dafür sollst Du zur Strafe von nun an auf dem Bauche kriechen!“ Karlich fragt darauf: „Worauf ist sie denn vorher gestanden?“ Kenglich: „Nein, Herr Doktor, nach Bad Nauheim kann ich nicht gehen! Ja bin Desinfektionsmittelbesitzer und habe deshalb viele, viele Russen umgebracht! Da hat mich die russische Geheimpolizei sofort am Aragen!“

Die Kaiserrede macht schon Schule im Inzeratenteil. Der „Preussische Stadt- und Landbote“ für Ederwalde bringt folgende Anzeige:

Ederwalde, im September 1910. P. P. Hierdurch zur gefälligen Kenntnis, daß ich durch Gottes Gnade das Kolonialwaren- und Südfruchtgeschäft von Frau R. W. übernehmen durfte. Es soll mein Bestreben sein, durch gute Ware, reelle und freundliche Bedienung das Vertrauen der werten Kundschaft zu erlangen und zu bewahren. Bei eintretendem Bedarf bitte ich um Ihren werthen Besuch. Hochachtungsvoll R. W. Schillerstraße 14.

NB. An Sonn- und Festtagen bleibt das Geschäft geschlossen.

Notizen.

Die 82. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte wurde am Montagvormittag in Königsberg i. Pr. eröffnet. Das Berliner Kuppferkabinett hat seine graphische Sammlung durch eine Erwerbung von 67 Lithographien des größten modernen Karikaturisten Daumier bereichert. Es wurden ferner Arbeiten Max Liebermanns und des Franzosen Forain angekauft. Ehrenmitglied des Deutschen Uhrmacher-Bundes ist Marie von Ebner-Eschenbach an ihrem 80. Geburtstag geworden. Grund: Sie besitzt eine hervorragende Uhrsammlung und hat in ihren Erzählungen hier und da den Uhrmacherstand lobend genannt. Wenn Schiller noch lebte, könnte er von wegen des Vater Müller Ehrenmitglied werden, Hebel um des Alten in „Maria Magdalena“ willen Ehrentischer und so weiter. Karl May soll zur selben Zeit unsaubere Kuppferromane und frömmelnde Muttergottesgeschichten verbrochen haben. So behauptet Vater Dr. Expeditus Schmidt aus München. Darum hat May den Vater verflucht. Und Montsch in acht Tagen soll das Schöffengericht von Köstchenbroda entscheiden, ob's wahr und eine Verleumdung ist. Der „Gotha“ der Milliardäre. Die amerikanischen Großkapitalisten haben, wie die Monarchen Europas, denen jene es in vielem gleichtun möchten, auch ihren Almanach, der ganz dem gotthaischen entspricht. Er wird vom Verlag der „World“ herausgegeben und erscheint alljährlich. Verzeichnet sind in ihm alle Gründer der einzelnen Dollardynastien mit all ihren Nachkommen. Auch in dem amerikanischen „Gotha“ herrscht eine gewisse Rangordnung; an erster Stelle erscheint die Familie Vanderbilt, hierauf kommen die Familien Gould, Astor, Rockefeller, Morgan, Wadon, Harrington, Fiel, Belmont, Witney, Leiter, Woelck, Lorillard, Armour usw.

teiligen; ebenso müsse ihnen die Möglichkeit des Rechtsweges zur Wahrung ihrer Ansprüche gegeben sein; bei anderweitigen Bezügen (Invaliden- oder Unfallrente) dürfe eine Kürzung der Pension höchstens bis zu einem Drittel der anderen Rente erfolgen. Eine völlige Rückzahlung der eingezahlten Beiträge bei Ausscheiden aus dem Betriebe sei nicht zulässig; man möge die Zwangsversicherung erst nach einjähriger Beschäftigung eintreten und dann eine Rückzahlung erst nach vier- oder fünfjähriger Beschäftigung erfolgen lassen. Die Beiträge dieser ersten Jahre müssten bei Ausscheiden aus der Kasse verfallen sein; was dann eingezahlt worden sei, könne einige Zeit nach dem Ausscheiden ratenweise zurückgegeben werden.

Kaufmann Mantele-Leipzig vom Verbande deutscher Handlungsgehilfen spricht sich gegen die Werkpensionskassen aus, da sie die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten vermehren. Er verlangt, daß, wenn die Kündigung ohne erheblichen Anlaß seitens des Werks erfolgte, der gesamte eingehaltene Betrag zurückzahlen ist; wenn die Kündigung aus anderem Grunde erfolgte, so hat mindestens Rückzahlung nach versicherungstechnischen Grundätzen, wie sie das Aufsichtsamt für die Privatversicherung aufgestellt hat, zu erfolgen. Der gleiche Anspruch steht auch den hinterlassenen Witwen und Doppelwitwen zu. Zur Entscheidung ist in erster Instanz das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zuständig.

Reichstagsabgeordneter Sebring-Vielefeld verlangt die Regelung der Rechtsverhältnisse der Werkpensionskassen nach folgenden Grundätzen: Für Eintrittsgelder und Beiträge ist eine Höchstgrenze festzusetzen. Die Arbeitgeber haben Beiträge in gleicher Höhe wie die Arbeiter zu leisten. Die Kassen werden von Vertretern der Arbeiter unter Mitwirkung der Arbeitgeber verwaltet. Den Arbeitnehmern ist in den Organen der Klasse der entscheidende Ein-

fluß zu sichern; ihre Wahl erfolgt durch geheimes und direktes Wahlrecht. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses ist dem Ausscheidenden der erworbenene Pensionsanspruch zu sichern gegen Zahlung einer Anwartschaftsgebühr oder durch die Möglichkeit einer freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses gegen Zahlung des früheren Beitrages, die in diesem Falle die Erwerbung der höheren Pensionsansprüche bewirkt. Es ist ein Gegenseitigkeitsverhältnis der Klassen anzustreben mit dem Ziele, die den Mitgliedern bei einer Klasse erworbenen Pensionsansprüche auch bei anderen Klassen zu sichern. Ausscheidende Mitglieder mit mehr als 200 Wochenbeiträgen, die das Versicherungsverhältnis freiwillig nicht fortsetzen können, erhalten ihre Beiträge unter Abzug der auf sie entfallenden Verwaltungslosten ganz zurückgezahlt. Anrechnung geleisteter Renten ist unzulässig, wenn die Gesamtbeiträge den Verdienst des Mitgliedes im Durchschnitt der letzten 10 Jahre nicht übersteigen.

Arbeitersekretär Hirsfelder-Essen, Mitglied der christlichen Gewerkschaften, spricht sich im Sinne der beiden Vorredner aus. — Dr. Stieler, Generalsekretär des Verbandes der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln, behandelt die Frage vom Standpunkt der Arbeitgeber und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Werkpensionskassen in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit sich bewährt haben und ein Segen für die Arbeiter sind; eine gesetzliche Regelung sei überflüssig. — Eine Aussprache über die Thematika des heutigen Tages muß der vorgeordneten Zeit wegen unterbleiben; die Diskussionsredner sollen ihre Ausführungen dem Vorstand schriftlich einreichen, worauf sie dann in dem Verbandsorgan veröffentlicht werden sollen. — Oberbürgermeister Cunow-Dagen gibt eine Uebersicht über die Verhandlungen des Verbands-

tages, worauf Magistratsrat von Schulz-Berlin die Tagung schließt.

Witterungsbericht der Königl. Meteorologischen Direktion über den Großhandel in den Central-Regierungsbezirken. Markttag: Freitag.

Zukunft stark, Geschäft schleppend, Preise für Rindfleisch, Kalbfleisch und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zukunft genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Geflügel: Zukunft genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Fische: Zukunft gering, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zukunft genügend, Geschäft anfangs still, später reger, Preise unverändert.

Witterungsübersicht vom 19. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	W. u. N. in 24 St.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. N. in 24 St.
Stettin	766	SSW	2 mäßig	12	Dachau	751	WSW	2 mäßig	8		
Dachau	763	SSW	2 mäßig	11	Petersburg	763	SSW	3 bedeckt	9		
Berlin	766	SSW	1 mäßig	10	Scilly	764	WSW	3 bedeckt	14		
Konstanz	765	SSW	1 heftig	9	Wien	763	WSW	4 heftig	8		
München	767	SSW	1 heftig	9	Paris	764	SSW	1 mäßig	12		
Wien	769	SSW	2 bedeckt	9							

Wetterprognose für Dienstag, den 20. September 1910.

Zunächst etwas wärmer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und lebhaften westlichen Winden; später wieder aufklarend und neue Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 20. September,
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opern-Theater.
Ranfieb.

Königl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Deutsches Haus.
Kammerstücke. Der gute König Dagobert.
Anfang 8 Uhr.

Belling. Einsame Menschen.
Königliche Oper. Der Arzt wider Willen.

Berliner Musikantenmädels.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus. Lärche.
Anf. 7 1/2 Uhr.

Residenz. Noblesse oblige.
Kleines. Die verfluchten Frauenzimmer. 1. Klasse.

Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Die Liebe wacht.

Schiller-Charlottenburg. Robert und Bertram.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Kleines. Kiste.
Berliner Volksoper. Rigoletto.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)

Luisen. Rean.
Luisen. Die schönste Frau.
Modernes. Die Waise.
Trianon. Pariser Witwen.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Gerrnfeld. Wenn zwei das selbe tun.
Das starke Stief.
Kiste. Dori und Stadt.
Folies Caprice. Der schwarze Schimmel. — Das alte Ghetto.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Quira — Wir leben noch!

Kasino. Der schneidige Rudolf.
Hollo. Spezialitäten.
Vollage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Der Bettelstudent von Berlin.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Urania. Tausendströme 48/49.
Abends 8 Uhr: Weltausstellung in Brüssel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6—11 Uhr.
Rauchen überall gestattet

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Von 4—7 Uhr
Vitascope-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs- Progr.
der
Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
mit ihren neuen Schlegeln
von Walter Kollo.
Collins 10 englisch-Backfische.
die
Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
und 12 Starnummern.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Lustspiel in 4 Akten von G. A. de Caillavet und Robert de Flers.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Komödie mit Gesang in 4 Akten von Gustav Kober. Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 M.

Zirkus A. Schumann.
Dienstag, 20. September,
abends 7 1/2 Uhr.
Besonders hervorzuheben:
Apachen zu Pferde
geritten von Frl. Dora Schumann und Herrn Karl Hoß.
Brothers Miranos!!!
Der Kreisel-Globus.
Neueste Erfindung des Direktors
A. Schumann.
Luftpotpourri
der 10 Personen Leplog.
Bellonis wunderbar dreiferte
Kakadus
und die übrigen Attraktionen.

Zirkus Busch.
Dienstag, den 20. Sept.,
abends 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend
Herr Alfred Ott, Schulrektor.
Hans Velanck m. seinen
fußballspielenden Hunden.
Banola-Truppe!
Die bar. Reiterfam. Frediani.
Herr Dir. E. Orlando,
Freiheitsdresuren.
Gebr. Fratellini, die Urkomischen.
9 1/2 Uhr, am 4. Male:
„Venezia“ (Marino
Pallieri).
U. a.: Madia Surlich usw.

Lung-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Eintrittspreis 50 Pf.
Donnerstag, den 22. September 1910:
Großes Kinderfest
bei festlicher Dekoration des Parkes.
Jedes Kind erhält in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags
ein Billett für eine Attraktion gratis.
Um 8 Uhr abends:
Große Kinder-Polonäse
mit Packelzug, bei welcher jedes Kind ein Andenken erhält.
Bengalische Beleuchtung. Illumination.

Metropol-Theater.
Murra!!!
Wir leben noch!!!
Große Ausstellungsdressen in 7 Bildern
v. J. Freund. Musik v. B. Holländer.
In Szene gesetzt von Dr. R. Schulz.
Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Komödie
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Pimpelmann: Dir. H. Berg.
Vorher das glänzende hunte Progr.
Kur Attraktionen ersten Ranges.
Somst. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Friedrich.
Mittwoch: Dorf und Stadt.
Donnerst. u. F. R.: Eine gute Partie.

WINTER-GARTEN
The eagle and the girl
ein mystischer Illusions-Akt
sowie das von Publikum
und Presse
glänzend beurteilte
Eröffnungs-Programm!
Der Gipfel der
Illustration Varieté-Kunst!

Königstadt-Kasino.
Folgenmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Franz Sobanski.
Elsa Para, Walter Klär, Geschwister
Herrmann, Matr. Adolphi, Geschwister
Alotta, Jongleur.
Um 9 Uhr das Lustspiel:
Im Herbstmanöver
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Ganz Reich. Ensemble.
Donnerstag, den 22. September 1910:
Kyritz-Pyritz.
Komödie mit Gesang in drei Aufzügen
von G. Willen und D. Justus.
Musik von G. Richter.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

„Groß-Berlin“
Gastspiel
Weißensee, „Enders-Brau“
Anf. 8 Uhr, Oshke, Königshaussee 5.
„Die Soldatenbraut.“
Vorher: Erstklassige Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
Entree 30—100 Pf.
Im Abonnement 15—50 Pf.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins!
Vom 22. September bis 2. Oktober 1910 täglich:
Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien
mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochentag 50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. 2. Billets im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz 60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den „Vorwärts“-Spezialitäten Zucht, Immanuelkirchstraße 12, Mahlsch, Auguststraße 51 und Mann, Petersburger Platz 3.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Teil:
Das alte Ghetto.
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.

Herrnfeld Theater
Kur noch bis Freitag:
Wenn zwei dasselbe tun,
Das starke Stück
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Sonabend, 21. September:
Doppel-Premiere
der Revoluten
Eine verlorene Nacht.
Ein lustiger Traverfall in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Der Derby-Sieger.
Sportkomödie von August Wellhardt.
Premieren-Billets ab heute.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss, neu:
„Im Hause des“
Herrn Gummor v. Meyfel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Kommandanten-
präz. 8 Uhr. Straße 77/79.
Ganz neues Programm.
Hugo Römer prolougiert.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Deute:
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Volgt-Theater
Geundrücken Badstr. 58.
Gastspiel in **Pahlmanns Theater,**
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 20. September 1910:
Das Opferlamme.
Schwank in 3 Aufzügen von Oscar
Waller und Leo Stein.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Kolbitzer Tor.
32 Fahrverbin. aus allen Stadtteilen.
Täglich:
8 Uhr 15 Minuten:
Großer Varieté-Teil.
5 neue Debüts.
9 Uhr 30 Minuten die Komödie:
Nu hat's geschnappt.
Von Oscar Sado. Musik v. Paul Linde.
!! Rauchen überall gestattet !!

CIRCUS
Cyrrill Harlé
Berlin N., Tegeler-Str.
(nächst Müllerstraße).
Dienstag, den 20. September,
abends 8 1/2 Uhr:
Fremden-Vorstellung
mit besonders gewähltem
Programm und alten
Dressuraufhebungen an
Elefant, Löwen, Pferd,
Schwein, Hund, Maultier
u. Affen. Riesensprogramm.
Billigste Preise.
Fernruf:
A. Moabit 6212

Moabiter
Gesellschaftshaus
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Wöchentlich zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Walhalla
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die großen
September-Spezialitäten.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Grotesk, Inhalt: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2, Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets woch. Programm.
Dienstag u. Freitag v. 4—6 1/2 Uhr
Kinder-Vorstellung. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberlauf: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Glas · Porzellan · Wirtschaftsartikel

besonders billig.

Preßglas-Service

Gardestern

Kompotteller	5 Pf.
Kompottschal. 45, 32, 26, 18, 12, 8 Pf.	
Kuchenteller gross	45, 32 Pf.
Käseglocken	45 Pf.
Butterglocken	22 Pf.
Zuckerschalen	18 Pf.
Fruchtschalen	65 Pf.

Grosse Posten

Römer 25, 50 Pf.

Echte Porzellan-

Tassen Gold dekor. 20 Pf. bunt dekor. 15 Pf.

Toilette-Eimer mit Bügel
crema oder weiss 2⁹⁰ mit Goldrand 4⁵⁰

2 Waggon weisses Porzellan

Grosse Teller glatt . . . flach 13 Pf. tief 15 Pf. Dessert 8 Pf.
feston . . . flach 18 Pf. tief 18 Pf. Dessert 15 Pf.

Milchtöpfe 15 Pf. 10 Pf. 5 Pf.

Saucières 66 Pf. Kaffeekannen 45 Pf.

Bratenplatte oval, 25, 20, 15, 10 Pf. Salatschüsseln rund 38, 28, 18 Pf.

Bratenplatte vier- eckig 75, 55, 38, 28 Pf. Salatschüsseln viereckig 45, 28 Pf.

Küchengaraturen

moderne Ausführungen

Dekor	Drau Zwiebel	Holland	Empire	Apfelblüte
Vorratstonnen	33 Pf.	50 Pf.	65 Pf.	90 Pf.
Gewürztonnen	14 Pf.	20 Pf.	33 Pf.	33 Pf.
Salz- oder Mehlreste	75 Pf.	120	125	175
Essig- oder Oelflasche	35 Pf.	50 Pf.	65 Pf.	90 Pf.
Satzöpfe 8 Stück	105	235	195	295

Porzellan, dekoriert

Milchtöpfe	10 Pf.
Teekannen	25 Pf.
Butterdosen	28 Pf.
Teller, diverse Grössen	10 Pf.
Salatschüsseln	28 Pf.

Echtes Kristall

reich geschliffen

Kompotteller	statt 2.00	135	statt 1.85	125	
jetzt	1.00	6.00	4.50	3.50	
Kompotschalen	jetzt	4.60	3.30	2.50	2.10
Kuchenteller	statt	10.50	8.85	7.50	6.00
jetzt	6.15	5.45	4.35	3.60	
Bowlen- oder Bier-Kannen	jetzt	7.60	6.20	5.50	4.05
Selterkannen hohe Form	jetzt	5.40	4.25	3.50	

Ausstellung kompletter Küchen

in jeder modernen Ausführung und in allen Preislagen, bestehend aus:
Büfett, Tisch, Rahmen, 2 Stühlen, Bank, Handtuchhalter

75⁰⁰ 95⁰⁰ 130⁰⁰ 150⁰⁰

Möbel

auf Kredit!

Wohnungs-Einrichtungen.

Ausstellung einfacher u. eleganter Schlaf-, Herren- und Speisezimmer. Mod. farbige Küchen-Einrichtungen

auf Abzahlung und auch gegen Bar.

Einzelne Möbelstücke

und Polsterwaren

bei kleinster Anzahlung evtl. ohne Anzahlung

Farner empfehle: Teppiche, Portiären, Gardinen, Steppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kronen, Fertige Betten, Lelt- und Bettwäsche.

Sport- und Kinderwagen

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder Grösste Auswahl. Billigste Preise. Neuester Schnitt.

Pelz-Stolas

Wochenrate

1 Mk.

S. Dorn

3¹ Alte Schönhauser Str. 3¹
Ecke Linien-Strasse

Pianos-Gelegenheits-

käufe in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dar. Schiedmeyer, Biese etc. Garant. Pianohaus Krause, Berlin W., Ansbacherstr. 1.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll- Reste! Moquette, Plüsch- Satteltaschen.

Muster bei näherer Angabe franko.

Emil Lefèvre, Berlin, 159, Oranienstr.

Norjiff

beim Einkauf von Seifenpulver. Man achte genau auf den Namen "Goldperle" und Schutzmarke Kaninchen, da meine Packung vielfach nachgeahmt wird. Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner, Göttingen



Bester Schuh-Putz

SERVUS

Ueberall zu haben in Dosen zu 10 u. 20 Pfennig Fabrik: Lubczynski & Co. Berlin NO.

Achtung! Rohtabak Neu! 296/14* Neu! Brunnenstraße 25.

Möbel liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Carmen Sylva Cigaretten Beste Qualitäten

Litauische Pferdezucht Ziehung 3. Oktober

Die Tilsiter Pferdelotterie enthält Gewinne im Gesamtwert von

43300 M.

Hauptgewinne

8000, 3400, 2200,

2000, 1500 Mk.

22 edle Pferde 17200 Mk.

im Werte von Gold- u. Silber- 9000 Mk.

gewinne i. W. v. Lose à 1 M., 11 Lose 10 M. (Porto und Liste 50 Pf.) durch das Genera-Debit Eduard Pawlowski, Tilsit

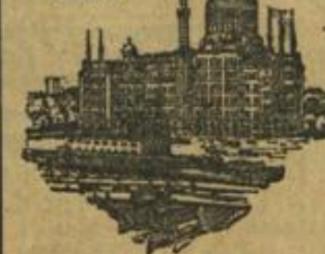
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Sind Sie Cigarettenkenner?

Dann sind die Nachahmungen der Salem Aleikum für Sie wertlos.

Einen wirklichen Genuß haben Sie nur von der echten. Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Stempel täuschen und überzeugen Sie sich, daß der Druck auf der Hülse lautet:

Fabrik-Ansicht



Salem Aleikum Nr.

Orient. Tab.- & Cigart.-Fabr. Yenidze, Inh. Hugo Zietz Dresden.

Preise:

Nr. 3/4 5 6 8 10

3/4 4 5 6 8 10 Pf.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Dritter Tag. Sheffield, 17. September. (Sig. Ber.)

Der Tag begann mit der Besprechung einer kurzen, etwas farblosen Resolution über die Osborne Angelegenheit, die aber nach kurzer Diskussion zur besseren Ausarbeitung an das Resolutionskomitee zurückverwiesen wurde.

Verbot des internationalen Streikbrechertransportes

fordert, fand nach lebhafter Diskussion einstimmige Annahme, wobei Bill Thorne (Gladarbeiter) darüber bitter klagte, daß in den letzten Jahren gerade England zu einem der schlimmsten Streikbrecherexportländer geworden sei.

Henderson benutzte den größten Teil seiner Ansprache dazu, um sich über die Kritiken, die gegen die Haltung der Arbeiterfraktion im Unterhause laut geworden sind, zu beklagen.

Hendersons Rede wurde an mehreren Stellen von Widersprüchen einiger Delegierten unterbrochen, aber ihre Aufnahme ließ keinen Zweifel darüber zu, daß die überwiegende Mehrzahl der Delegierten mit der Haltung der Arbeiterpartei durchaus zufrieden oder doch sie sehr nachsichtig zu beurteilen geneigt ist.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ über die Tagung in Kopenhagen.

Wir haben uns früher einige Male gegen die „Neutraltät“ der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wenden müssen, weil dieses Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in wichtigen, die Masse der Konsumenten berührenden Fragen nicht entschieden im Interesse der Konsumenten Stellung nahm und die Frage der Neutralität darauf als politische Abstinenz aufwarf.

Wir glauben zu unserer Freude konstatieren zu können, daß die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ neuerdings wohl selbst merkt, daß ihre Hyperneutralität in den Sumpf führt.

Die „Rundschau“ meint dann, deshalb werde aber doch nicht die Parteibewegung der Genossenschaftsbewegung voran gestellt. Auch die soziale Arbeit bedürfe, um erfolgreich sein zu können, der praktischen Anwendung des Prinzips der Arbeitsteilung.

Früher hat die „Rundschau“ öfter mit dem Satz gespielt, daß für die neutrale Genossenschaftsbewegung alle Konsumenten in Frage kämen, während wir darauf hinwiesen, daß die kapitalkräftigen Konsumenten wichtigere „Produzenten“interessen in der Ausübung der Konsumenten hätten und deshalb dieses Interesse bei ihren Handlungen voranzustellen.

„Die gleiche Person kann in beiden Bewegungen wirken, und sie wird nie in Konflikt mit dem anderen Teile, dem sie gleichfalls angehört, geraten können, wenn sie sich stets daran erinnert, daß höher wie die einzelne Bewegung, das große Ziel, die soziale Neuordnung, steht, der beide zu dienen haben.“

Dieser „Wesensinhalt“ des letzten Satzes ist ja nun wieder rein illusionär. Es ist geradezu naiv, bei einem beabsichtigten und bewirkten Kampf gegen die Kapitalherrschafft „gute Freundschaft“ zu den kapitalistischen bürgerlichen Parteien „oder anderen Erscheinungsformen der sozialen Ausbeutung“ halten zu wollen.

Immerhin begrüßen wir die Ansätze zu einer besseren und zutreffenderen Beurteilung der Stellungnahme der Konsumgenossenschaften zur Sozialdemokratie. Unsere Genossen müssen immer mehr mit ihren Rassen die Konsumvereine anschließen lassen und sie mit dem großen Ziele der kämpfenden Arbeiterbewegung anfüllen.

Gelbe Gewerkschaften.

Im Septemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ von Hans Delbrück verfaßt Dr. Fellingner, der bekannte spiritus rector der Gelben bei Siemens, die gelben Unternehmerrücktritte gegen die Ablehnung, die diese Bewegung bei allen rechtlich denkenden Menschen erfahren hat, zu verteidigen.

Nur einige Stellen der Rechtfertigung seien erwähnt, das meiste bedarf keiner Widerlegung. Die gelben Vereine — Dr. Fellingner spricht immer von gelben Gewerkschaften — sind zur Niederhaltung der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter von den Unternehmern, durch Hilfe und mit den Mitteln der Unternehmer gegründet worden.

Dr. Fellingner erklärt — Seite 484 —, er wolle zugeben, daß in manchem gelben Verein unzulässige Auswüchse vorhanden seien, die bekämpft werden müssen, aber das seien nur Ausnahmen. Leider unterläßt es Dr. Fellingner, die von ihm als unzulässige Auswüchse erachteten Umstände im einzelnen zu erwähnen.

1. Wer bei Siemens u. Salsö oder Siemens-Schuckert arbeiten will, muß vorher in dem von der Firma Siemens zum größten Teil unterhaltenen „Nachweis“ unterschreiben seine Mitgliedschaft zum „Gelben Arbeitsbund“ erklären, sonst wird er nicht eingestellt.

2. Wer bei Siemens schließlich nach Leistung der Unterschrift im „Arbeitsnachweis“ und der Entrichtung von 50 Pf. eingestellt worden ist, muß im Betriebe einen Revers unterschreiben, wonach er sich damit einverstanden erklärt, daß ihm die Firma von seinem Lohn den Beitrag zum gelben Verein in Abzug bringt.

3. Die Firma Siemens hat Vorstandsmitglieder der Gelben aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis herausgenommen und an leitende Stelle in das Einstellungs-bureau und an ähnliche kontrollierende Posten gesetzt.

4. Wer im Laufe seiner Beschäftigung bei Siemens aus dem gelben Verein austritt und dieses dem Revisor erklärt, wird vom Revisor verwahrt mit dem Bemerkten, daß, wenn der Austritt erfolge, er seine Entlassung zu gewärtigen habe.

5. Bei Wahlen zum Konsum, Ausschuss oder zur Kronenklasse werden die von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aufgestellten Kandidaten sehr häufig, in einigen Werken sogar sämtlich unter irgendeinem Vorwand sehr bald entlassen.

6. Bei vorzunehmenden Wahlen agitieren Revisor usw. für die gelbe Liste unter Anwendung nicht zulässiger Mittel. Man gestattet den freiorganisierten Arbeitern keine ausreichende Kontrolle der Wahlhandlung, lehnt alle dahingehenden Ansuchen ab und verhindert damit eine einwandfreie Feststellung, ob das von der Leistung bekannte gegebene Resultat den Tatsachen entspricht.

7. So könnten wir noch eine Reihe von Dingen anführen, die auf den gelben Verein der Firma Siemens ein recht bezeichnendes Licht werfen. Für heute aber mag es genug sein. Wäre die gelbe Bewegung bei Siemens auch nur zum Teil das, als was sie von Dr. Fellingner hingestellt wird, eine aus dem Bedürfnis der Arbeiter hervorgegangene Bewegung, dann brauchte man wirklich nicht zu solchen bedenklichen Mitteln zu greifen.

Wir werden ja auch ohnedies die gelbe Bewegung bei Siemens überwinden. Es dauert unter dem Terrorismus der Firma zwar etwas länger, dann aber wird der gelbe Sumpf bei Siemens auch um so gründlicher überwunden sein.

Auch die weiteren Ausführungen Dr. Fellingners zur Rechtfertigung der Gelben sind unzutreffend. Auf Seite 485 behauptet er, die gelben Vereine seien zur Wegemehr von einem großen Teile der Arbeiter gegen die als nachteilig empfundenen Maßnahmen des Metallarbeiterverbandes gegründet.

Das stimmt nicht! Die Firma und Dr. Fellingner haben im ausschließlichen Interesse der Firma die Gründung veranlaßt. Die gegenteilige Behauptung mit der Elektroausperrung stützen zu wollen, ist gänzlich verfehlt. Diese Ausperrung brachte dem Metallarbeiterverband über 10 000 neue Mitglieder, und zwar zu einem sehr großen Teil aus den Siemenswerken.

Die Verjüde Dr. Fellingners, die Spenden der Firma bei Gründung der gelben Vereine als harmlos erscheinen zu lassen, sind zu plump, als daß es nötig wäre, diese Tricks besonders zu kennzeichnen.

Weiter spricht dann Dr. Fellingner von dem Anwachsen der Gelben bei Gelegenheit des Streiks 1908. Hier vertritt der gelbe Apologete mitzuteilen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht am Streik beteiligt waren, vor die Alternative gestellt

wurden: Entweder gelb oder entlassen! Es ist ja möglich, daß Dr. Fellingner diese „Kleinigkeit“ vergessen hat, darum sei hier daran erinnert.

Eine faustdicke — Unrichtigkeit ist die folgende: Dr. Fellingner schreibt:

„Bedingung ist Nichtzugehörigkeit zu einer anderen Arbeiterorganisation, jedoch nicht etwa Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu irgendwelchen politischen Parteien. Hierin spricht sich der Grundsatz der Mitglieder aus, daß sie eine gewerkschaftliche Vereinigung nur als wirtschaftliche Interessenvertretung wollen, unter Ausschluß aller politischen oder religiösen oder wie immer gearteten sonstigen Motive.“

Wie stimmt das mit den Versuchen, die Gelben von Siemens für die sogenannte jungliberale Bewegung zu gewinnen, mit den Beziehungen zum Reichslügenverband, zum Förderungs-ausschuss und dessen Rednerschule? Was sollen denn die systematischen Erziehungsversuche im „Bund“, dem Vereinsorgan der Gelben, für die nationalliberale Partei? Was sagt Dr. Fellingner zu den betreffenden Briefen des Herrn Lebius, seines Gesinnungsfreundes? Er schweigt! Die Behauptung von der politischen Neutralität der Gelben ist eine faustdicke Unwahrheit.

Unrichtig und direkt der Wahrheit zuwiderlaufend sind auch die Bemerkungen über den „Bund“, das Vereinsorgan der Gelben. Hierauf heute nochmals einzugehen, ist nicht nötig. Das ist seinerzeit in ausreichendem Maße geschehen.

Dann singt Dr. Fellingner den Wohlfahrts-einrichtungen der Siemenswerke ein Lob. Darauf einzugehen, können wir uns ebenfalls sparen. Dr. Fellingner ist ja Ausschuhmittel am Berliner Gewerbegericht und verfolgt deshalb wohl die Verhandlungen des dieser Tage stattfindenden Verbandstages der deutschen Gewerbe-gerichte. Aus den Ausführungen sachverständiger Arbeitervertreter auf diesem Kongreß kann Dr. Fellingner erfahren, was es mit den Wohlfahrts-einrichtungen auf sich hat.

Wer sich über den Charakter der Gelben genau informieren will, der lese die Broschüre „Der gelbe Sumpf“. Daraus ist der Charakter der „Gelben“ nach den Darlegungen der gelben Macher selbst untrüglich zu ersehen. Den Schmutz des gelben Sumpfes wäschen zehn Dr. Fellingner mit zehn Artikeln von je 20 Seiten Länge nicht von der gelben Bewegung ab. Lieber die Zukunft der Gelben kann er ebenfalls die Alten schliefen.

Die gelben Vereine sollen ein Mittel zur Niederhaltung der Gewerkschaften sein! Die gelbe Bewegung, die anfänglich auch Erfolge für die Unternehmer versprach, ist heute bereits zum großen Teile überwunden!

Die Rechtfertigungsversuche der Gelben durch Dr. Fellingner sind gründlich vorbeigelungen. Das liegt aber nicht an der mangelhaften Geschicklichkeit Dr. Fellingners, sondern daran, daß trotz aller juristischen und sonstigen Anstrengungen eine Reinigung der Gelben schlechterdings unmöglich ist.

Aus der Partei.

Der Karlsruher „Vollstreuer“ und der Arbeiterdiskussionsklub.

Aus Baden wird und geschrieben: Der Karlsruher „Vollstreuer“ lebt nur noch in heller Enttäuschung über den „Vorwärts“ und die Leipziger „Vollzeitung“ und ihre habhischen Freunde. Er mutet den beiden Parteizeitungen jetzt gar noch zu, „lokalweise“ seine auf so schwachen Füßen stehenden Verteilungen wörtlich abzudrucken.

Das Karlsruhergesetz des „Vollstreuer“ hat zum Glück noch keine Gültigkeit in der ganzen deutschen Partei und darum erinnern wir den leicht vergesslichen „Vollstreuer“ daran, daß er trotz der starken Gegnerschaft im Karlsruher Wahlverein in der unschönsten Weise fortgesetzt Agitation für den bürgerlichen Arbeiterdiskussionsklub trieb.

Artikel, die auch nur ganz sanft diese Arbeiterbildung, wie sie dort betrieben wird, kritisierten, fanden keine Aufnahme. Dagegen hatte man nach einer denkwürdigen Wahlvereinsversammlung, in der Kolb und Weismann trotz äußerster Anstrengungen für den Klub keine Mehrheit finden konnten, eisenlange Verächte gebracht. Keine Karlsruher Zeitung trieb stärkere Agitation für diesen Klub als der „Vollstreuer“.

Selbst gute Freunde von Kolb und Weismann tadelten, daß sie dort Vorträge halten und ihre freie Zeit dazu verwendeten, um mit Leuten, die vom Sozialismus keine Ahnung haben, über Bestanschaungen zu diskutieren. Aber nicht allein das, Weismann trug diesen bürgerlichen Anschauungen so sehr Rechnung, daß er in der Debatte über einen Religionsvortrag öffentlich die Behauptung aufstellte, auch die Arbeiter würden wieder mehr der Religion sich zuwenden und zwar der Religion der Modernen.

Arbeiter, die oft etwas ungeschickt, aber in ehrlicher Absicht das Wort ergreifen, um aus ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung kein Hehl zu machen, dienen den bürgerlichen zum Amüsement. Dagegen, wenn ein Professor oder Barrer spricht, herrscht andächtige Stille im evangelischen Vereinshaus, selbst dann, wenn er fragt, ob „die Genossen“, wenn Karl Marx vom „gleichen Recht für alles, was Menschenauflig trägt“ spricht, auch „an den hochentwickelten Menschenaffen denken“.

Nach manche derartige Jüde könnten zur Kennzeichnung der bildenden Tätigkeit dieses Klubs dienen. Kennzeichnend ist noch die folgende Tatsache: Manchen Parteigenossen, der jede Arbeiterdiskussionsklubversammlung besuchte, sah man trotz aller Mühe beim Raufsturz zu nicht.

Der unsaubere „Vollstreuer“ weiß von all dem nichts, er weiß nur, wie viel Volksbildung die Kongerte und die Kunstvorträge des Arbeiterdiskussionsklubs für für Karlsruhe gebracht haben. Wer das nicht zugibt, hat nach dem „Vollstreuer“ kein Recht, über Arbeiterbildung zu sprechen.

Verhaftung des Friedberger Bankräubers.

In einem Automatenrestaurant in Varmen wurde am Sonntag der an dem Friedberger Bombenanschlag und Bankraub beteiligte Paul Werner verhaftet. Der Verhaftete hat bereits ein Geständnis abgelegt. Er will von seinem Mittäter, der sich seiner Verhaftung durch Erschießen entzog, zu dem Anschlag verführt worden sein. Die bei dem Bombenattentat benutzte Bombe habe er, Werner, angefertigt. — Nach dem Anschlag in Friedberg hat sich Werner in Frankreich und Belgien aufgehalten, bis ihn die Sehnsucht nach der Heimat wieder nach Deutschland zurückführte. Hier hielt er sich längere Zeit unerkannt auf und wurde nicht etwa durch die Fingigkeit der Polizei erkannt, die ja ein genaues Signalement Berners hatte. Die Verhaftung erfolgte durch die Anzeige eines Schulfreundes aus Kaiserlautern, der Werner in dem Restaurant erkannte und seine Festnahme herbeiführte. Werner ist der Sohn eines gut situierten Dachdeckermeisters und hat die Schule bis Prima besucht. Dem beabsichtigten Studium konnte er sich nicht widmen, weil er bereits wegen eines Einbruchdiebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Im Gefängnis hat er auch seinen Mittäter kennen gelernt, mit dem er den Friedberger Coup verabredete. Bald nach seiner Verhaftung wurde Berner nach Siegen transportiert, wo er im Provinzialarresthaus seiner Aburteilung entgegen sieht.

Schiffskatastrophen.

Nach einem Telegramm aus Melbourne ist der englische Dampfer „Carnabon Ray“ auf den Felsen der Königsinseln in der Boshstraße gestrandet. Ein Boot mit dem Kapitän und 17 Mann der Besatzung wurde nach 48stündiger Irrfahrt auf dem Meere von einem Schiffe aufgenommen. Ein zweites Boot mit fünfzehn Mann der Besatzung wird vermisst. Es wird befürchtet, daß das Boot untergegangen und die Insassen ertrunken sind.

Bei Fehmarn stieß der finnische Schooner „Venio“ mit dem deutschen Schooner „Paul und Emma“, der von Stettin mit einer Roggenladung auf der Fahrt nach Kiel war, zusammen. Das deutsche Schiff sank sofort. Die Besatzung wurde gerettet und auf den „Venio“ übernommen.

Eisenbahnunfälle in Frankreich.

Ein von Dieppe kommender Gpvezug fuhr auf dem St. Lazare-Bahnhof in Paris so heftig gegen einen Brellbock, daß von den Passagieren 28 Reisende verwundet wurden. Die meisten Ver-

wundungen sind Quetschwunden, die durch Anprall der Reisenden an die Wagenwände entstanden sind.

Ein zweiter Eisenbahnunfall ereignete sich in der Nähe der französischen Station Sezions. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wodurch sieben Reisende zum Teil schwer verletzt wurden.

Kleine Notizen.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Sonnabendabend auf dem Hochofenwerk des „Phönix“ zu Hörde. Unter gewaltigem Knall barst ein Hochofen; von der ausbrechenden glühenden Masse wurde ein Arbeiter überschüttet und schwer verbrannt, so daß er seinen Verletzungen bereits erlegen ist. Ferner wurden bei dem Unfall drei Arbeiter weniger schwer verletzt. Am demselben Abend erfolgte nochmals ein Ausbruch glühender Eisenmassen, durch den zwei Arbeiter verletzt wurden.

Durch einen ansehnlichen Wahnwahn wurde in Kiewe in Mecklenburg das Ehepaar Jilker erschossen. Die beiden Leute waren beim Heuen, als plötzlich der Mann durch mehrere Schüsse getroffen zu Boden stürzte. Ehe noch auf das Hilfergeschrei der Frau Leute herbeieilen konnten, wurde auch sie von mehreren Kugeln getroffen. Nach der Angabe des Attentäters, eines gewissen Genenz aus Kiewe, hatte er die Absicht gehabt, seinen Bruder und dessen Frau zu erschlagen.

Unschlüssige Ballonlandung. Am Sonntagmorgen landete bei Wolmirstedt ein aus Braunschweig kommender Ballon. Der Korb des Ballons schlug so heftig auf den Erdboden auf, daß zwei der Insassen, Dr. Dreves und Bergwerksdirektor Krisk aus Helmstedt, schwer verletzt wurden.

Automobilunfälle. Auf der steilen Chaussee Hameln-Byrnonit überstürzte sich am Sonntagmorgen infolge Versagens der Bremsen ein Automobil. Von den fünf Insassen erlitten drei schwere Verletzungen, zwei kamen mit leichten Verletzungen davon. — In der Nähe von Melun ereignete sich am Sonntag ein Automobilunfall, dem der Finanzier Guttmann aus Paris zum Opfer fiel. Seine Frau und seine Schwägerin erlitten schwere Verletzungen.

Bei einem Trabreiten, das am Sonntag auf der Theresienwiese in München stattfand, kam es zu einem schweren Unfall. Infolge Reißens des Sattelzeuges rannte eins der Pferde durchs Ziel, durchbrach die Schutzmannsreihe, stürzte durch die Menschenmenge und warf einen mit 12 Personen besetzten Tisch um. Dabei erlitten acht Personen teils schwere, teils leichtere Verletzungen.

Briefkasten der Redaktion.

Gessen. Der Bericht gibt kein klares Bild von den Ausführungen, die den Genossen Düwels zu dem Resultat kommen ließen. Unter die Schutzmannsreihe fallen auch die Nationalliberalen, die mit der Rechten und dem Zentrum zusammen bei einem Verlust von 82 Mandaten immer noch — mit 21 gegen 186 Mandaten — die Mehrheit haben würden. Bei einem „Block von Bebel bis Daffermann“ würde allerdings diese Mehrheit, nach Abzug der 54 Mandate der National-

liberalen, in die Minderheit kommen, da dann im Reife 137, der „Block“ 240 Mandate besitzen würde. Genosse Düwels hat nun aber der Ansicht Ausdruck gegeben — ohne die Frage zu entscheiden, ob die Nationalliberalen ihre alte Besitztümer behalten würden —, daß ein Teil der Nationalliberalen, und zwar die großindustriellen Schatzmacher, bei dieser Parteikonstellation nicht mitmachen würde; auch die Sozialen würden keineswegs für ein Zusammengehen mit den in Frage kommenden Parteien zu haben sein. Er rechnet deshalb 30 Nationalliberalen und 20 Sozialen ab, so daß für die gedachte Parteikonstellation 190 Mandate in Frage kämen, also nicht die Mehrheit. — S. R. 222. 1. Eine Ehe zwischen Ontel und Nichte gestattet das Gesetz. 2. Gemündigkeit tritt ein bei Männlichen mit Vollendung des 21. bei Weiblichen mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Das Mädchen bedarf aber bis zur Großjährigkeit der elterlichen Genehmigung. — S. 17. G. 1. Stichwahl. 2. und 3. Ja. — S. 11. 1. Für die nach dem 1. Januar 1900 geschlossenen Ehen besteht nur dann Gütergemeinschaft, wenn sie durch Ehevertrag vereinbart ist. Besteht tatsächlich Gütergemeinschaft: Ja. 2. Es kann nur mit ihrer Zustimmung veräußert werden, und zwar auch dann, wenn Gütergemeinschaft nicht besteht. — P. 23. Gattenstraße. Rein. — R. 14. Was morgen sein wird, frage nicht. Bist aus „Dorag“. — Br. 5. 58. Sie können, unter Setzung einer Frist, von dem Eigentümer Beseitigung der Mängel fordern, nach Ablauf der Frist entweder auf Beseitigung klagen oder die Mängel selber beseitigen lassen und die gebabten Unkosten ersetzt verlangen. — Sch. 1. 1. Das Datum ist unerheblich. 2. Die Angaben müssen Sie im Termin vorbringen. — D. 2. 23. G. 1. Der Anspruch besteht nur gegen den Mann. 2. Ihre Schwester kann nur mit Zustimmung des Mannes veräußern. Ist aber durch Ehevertrag — nach Ihrem Schreiben scheint das der Fall zu sein — das Veräußerungs- und Verwaltungsbrecht des Mannes ausgeschlossen, so kann sie selbständig veräußern. 3. Dem Teil, der für nichtschuldig erklärt wird. Werden beide Teile für schuldig erklärt: dem Mann. — Kuppel 50. Nur dann, wenn Ehebruch nachweisbar ist. — R. 10. Darüber müssen Sie einen Arzt befragen. — J. 11. R. Sie können die Anzeige selber machen. Kosten entstehen nicht. — C. 5. 3. Die Kündigung seitens der Erben kann bis spätestens 3. Oktober zum 1. Januar 1911 erfolgen, wenn im Mietvertrag nichts anderes bestimmt ist. — R. 99. Darüber bestimmt das Vormundschaftsgericht. Die Auskunft des Rektors fällt aber schwer ins Gewicht. Sprechen Sie mit dem Rektor. — S. R. 67. Es scheint übergroße Unpünktlichkeit Ihrerseits vorzuliegen.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 18. 9.	am 17. 9.	Wasserstand	am 18. 9.	am 17. 9.
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Nemet, Iltz	180	-10	Saale, Großh.	106	-16
Regel, Ansternburg	-26	0	Oabel, Spandau ²⁾	78	-4
Beisel, Horn	166	-22	Nathenow ³⁾	81	-1
Ober, Ansternburg	229	-19	Spree, Eberndorf ³⁾	128	-8
Krosch	413	-15	Beeslow	166	-2
Franfurt	448	-9	Sejer, Minden	-68	0
Wärthe, Schrumm	80	+4	Rhein, Ragnitzkanal	19	-3
Landenberg	18	+1	Raub	306	-11
Rebe, Borstamm	4	0	Rhein	319	-11
Eibe, Leitmeritz	138	-25	Redar, Heilbronn	70	-9
Dröden	40	-26	Rain, Bietrum	156	+3
Harbo	338 ³⁾	-	Rosel, Trier	75	-6
Magdeburg	280	+9			

¹⁾ + bedeutet Sturz, — Fall. ²⁾ Unterpegel. ³⁾ Höchster Stand am 17. 6 Uhr nachm.: 340 cm.



Ich hab's

Urbin
Bester Schuh-Putz

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

JOSETTI JUNO

Cigaretten sind diejenigen Cigaretten, die in Geschmack und Aroma alle Merkmale feinsten Qualität aufweisen. Die besten Rohabake, in richtiger Weise zusammengestellt, haben verbunden mit sorgfältigster, fabriktechnischer Bearbeitung in ihnen ein Fabrikat geschaffen, dessen Ueberlegenheit jeder Raucher anerkennt.

Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Ein Sprung in's Ungewisse

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu ersetzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin liegt eine Garantie, die bei unbekanntem Marken nicht geboten wird.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Gegendehaltern, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenstellen.

Berlin N.,
Jest Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper

Ungewitter's Kautabak

garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen.

Niederlage:
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,
Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee.
4452

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

+ Hygienische +
Bedarfsartikel-Neuheiten
Neueste illustr. Preisliste gratis.
Versandhaus Zech, Berlin
514, Lichterfelder Str. 33.

Engelhardt
Deutsch-Pilsner

Erstklassiges Spezial-Bräu

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

MANOLI

GIGARETTES

ÜBERALL

Zepernick-Bernau.

Barzelle von 390 M. an (ca. 90 R.).
Reine Anzählung u. Langjährige
Apotheken. Blime gratis. Ver-
käufer ständig am Ort. Zepernick.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 6612*
Friedrichstr. 203, Ecke Schönebr.
Wochentags 10-2, 5-7.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Polizei-Präsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Referant für alle Krankenleiden.

Leihhaus seit 27 Jahren

Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz,
straße 61. I
im Hause der National-Bank.
(früher Prinzenstr. 28)

Über die traurige Mitteilung, daß nach langen Leiden mein lieber Mann, der Drechsler **Karl Peix** gestorben ist. 9925
Um stille Beileid bitte
Marie Peix.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Nixdorfer Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drechsler **Karl Peix** (Seferstraße 14 (3. Bezirk)) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags um 5 Uhr auf dem neuen Nixdorfer Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler **Karl Peix** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Nixdorfer Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
90/3 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 17. u. verstarb unser Mitglied, Kollege **Adalbert Wittbrodt.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Marien-Kirchhofes in Marienstraße bei Siedende aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
145/18 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 17. u. verstarb unser Mitglied, Kollege **Wilhelm Els.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Weich aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
145/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied, der Buchbinder **Ernst Borchardt** am Sonntag, den 18. Septbr., nach langer Krankheit verstorben ist.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Mittwoch in Steinitz statt.
24/17 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 18. Septbr., verstarb unser Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Buchbinder **Ernst Borchardt** im 36. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Das Personal der Firma **Otto v. Holtzen**
Die Beerdigung findet in Steinitz statt.
Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters **Wilhelm Fischer** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Brauerei Engelhardt, insbesondere der Direktion, dem Transportarbeiter-Verband, dem 6. Berliner Wahlverein und dem Sparverein „Männer Brüder“ meinen herzlichsten Dank. 9632
Die tieftrauernde Witwe **Berta Fischer** nebst Kindern.

4. Landtags-Wahlkreis.

3 öffentl. Wähler-Versammlungen

Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr,
in Sabels Branerei-Ausschank, Bergmannstr. 5/7. — Referent: Genosse Paul John.
Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr,
bei Rabe, Fichtestr. 29. — Referent: Genosse Wilhelm Stiering.
Donnerstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr,
bei Gießing, Wassertorstr. 68. — Referent: Genosse Georg Kdo.
Tages-Ordnung: 1. Die Landtagswahl. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wählermänner.
Der Einberufer: **Gustav Häusser**, Alexandrinenstr. 109.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Dienstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den Unions-Sälen, Greifswalder Straße 221/223.
1. Vortrag des Genossen Redakteur **W. Düwell** über:
Die Wirtschaftspolitik unserer Parteien.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Schönberg.
Nachruf.
Am Montag, den 12. Septbr., verstarb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege, der Maschinenarbeiter **Paul Quast.**
Ehre seinem Andenken!
90/3 Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, den 16. September, nachmittags 3 Uhr, starb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, der frühere Schankwirt, jetzt Eigentümer **Wilhelm Meinhardt** Schönholz 15.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Frau Meinhardt** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schönholzer Friedhofes aus statt. 9918

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Holzarbeiterverband nebst Vorstand, den Mitarbeiter der Firma Merkur und den Mitgliedern des Spar- und Kreditvereins Wiene sage ich hiermit meinen innigsten Dank für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters **Frau Auguste Wittmann** nebst Kindern. 9642

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Von der Reise zurück. 107/19
Dr. Stula,
prakt. Arzt und Nervenarzt.
Wegen vieler Hautleiden wie juckende Dermatosen, Schuppen-

Flechte
(Pforlast), Zehorrhoea des Kopfes und Gesichtes, Hautjucken, einfache, eitrige und entzündliche Neure (Weißschuppl), Furunkulose, Ichthyosis, Prurigo der Kinder, Chron. Ekzeme (juckende Knötchen) usw. verordnet H. Dr. med. S., Spezialarzt f. Haut mit bestem Erfolg **Juders Patent-Medizinale-Seife**, à Stk. 50 Pf. (187/18) und 1.50 M. (357/18, stärkste Form), im Verein mit **Juck-Excreme** 75 Pf. und 2 M. in Berlin in **Behrens Drogs.** (Abth. d. Krause), Frankf. Allee 120, C. Schulz, Gausstr. 87, Hugo Schulz, Müllerdrogs., Müllerstr. 106a, Otto Binder, Prinzenallee 29, in Rixdorf: **Drogenhaus Vincent**, sowie in **Senft Apoth., Drogs. u. Parfüm.** Nichts anderes aufrech. lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Schöne freundliche Wohnungen
2 große Zimmer, Balkon, Küche, event. auch Kammer, sowie Bad, sehr billig sofort zu vermieten.
Friedrichstraße, Reichstr. 3,
7 Min. v. Stadtkirchhof Lichtenberg.

Deutscher Arbeiterstenographenbund
System Arends
Mitgliedschaft Groß-Berlin.
Parteigenossen! Genossinnen!
In der neuesten Nummer des „Blauer“, Organ des bürgerlichen Stenographen-Verbandes, System Rollet, befindet sich folgende Stelle:
„... bei der Werbung in Arbeiterkreisen sind nicht nur die roten, sondern auch die gelben und ganz besonders die **Girsch-Duncker'schen** Gewerkschaften ins Auge zu fassen.“ (!!!)
Arbeiter! Arbeiterinnen!
Protestiert gegen solch eine freche Verhöhnung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfbewegung mit aller Unerschrockenheit! Nichts ist dem lägenhaften Flugblatt, das diese „unabhängigen“ Vereinskrieger verbreiten liehen! Wendet Euch einer wirklichen Arbeiterstenographen-Organisation zu, die in den letzten zwei Jahren von 47 auf 112 Vereine, von über 800 auf nahezu 2000 Mitglieder anwuchs!

Die Zentralorganisation der vereinigten Arbeiterstenographenvereine „Arends“ Groß-Berlin
zählt zurzeit 5 Gruppen, wo in 12 Abteilungen von einem ausgezeichneten Lehrkollegium (16 Schriftgenossen) in prinzipiell sozialistischem Sinne Unterricht erteilt wird.

Neue, 10 Abende umfassende Kurse in unserer einfachen Volkskurzschrift
eröffnen wir in:
Berlin N. am 19. u. 26. Sept., Stargarder Str. 3, Genossenschafts-Wirtshaus.
Berlin NW. „ 21. „ 28. „ Wickestr. 24, Lokal Richter.
Berlin N. „ 22. „ 29. „ Brunnenstr. 79, Lokal Döhling.
Berlin SO. „ 22. „ 29. „ Alalberstr. 59, Lokal Bieberstein.
Charlottenburg „ 22. „ 29. „ Rosencr. 3, Volkshaus.
Lichtenberg „ 22. „ 29. „ Niederbarnimstr. 22, Lokal Zimmermann.
Rixdorf „ 22. „ 29. „ Hermannstr. 64, Lokal Ulrich.
Beginn: 1/9 Uhr abends.
An Ausgaben entstehen nur 2,50 M. für Schreibmittel.

Sonntag, den 15. Oktober, feiern wir in **Wilkes Festsälen**, Sebastianstraße 39, unser
5. Stiftungsfest
mit 50jähr. Jubiläumsfeier d. Arends'schen Volkskurzschrift
□ Historische Festrede □
Rezitationen aus Liliencron, Ludwig Lessen u. a.
Preisschreiben □ Stenographische Ausstellung.
Billets inkl. Tanz 40 Pf. — Anfang 1/9 Uhr.
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsgenossinnen und Genossen!
Für den geschäftsführenden Ausschuß:
K. Kleinlein, SW. 29, Anselmannstr. 21. 9925

Bureau für stenographische Praxis!

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
in empfehl. viel. Aarst. u. Prof. grad. u. g.
H. Fager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 91/9

CHARLOTTENBURG
Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 148

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Mittwoch, den 21. September
abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
für sämtliche Branchen und Bezirke
in Freyer's Festsälen, Koppensstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Die am 1. Oktober eintretende Lohnerhöhung und Besprechung der Vertragsbestimmungen.
2. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmänner-Karte legitimiert.

Bergolder.
Dienstag, den 20. Septbr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (Saal IV):
Branchenversammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit der Vereinigung der Goldbleichfabrikanten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1230. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957.
Mittwoch, den 21. September, abends 5 1/2 Uhr:
Versammlung
für alle in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen- sowie Kronen- und Haubeschlägebetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher
in den Ruffler-Festsälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m (unterer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Störmer** über: „Arbeiterkraft und Christentum.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 21. September 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Köpenick u. Friedrichshagen
im „Gesellschaftshaus“, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers **Wilhelm Spohr**: „Ein Jahrhundert deutschen Humors.“ (Von Goethe bis zur Gegenwart.)
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Erwerbslose (Kranke)!
Wegen Quartalschluss bleibt das Bureau am Sonntag, den 1. Oktober d. J., den ganzen Tag geschlossen und erhalten die Kollegen für diesen Tag schon am Freitag, den 30. September, ihre Unterstützung ausgezahlt.
Die Kollegen, welche über den 1. Oktober hinaus krank sind, werden ersucht, ihre Unterstützung spätestens bis 30. September d. J. abzugeben, da dann gleichzeitig sämtliche Bücher wegen Quartalschluss eingezogen werden.
Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilanstalten befinden und nach Beendigung der Krankheit ihre Unterstützung abgeben.
121/19 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Bucher und Träger
der Firma **Albert Lugino & Co.**
Mittwoch, den 21. September, abends 6 Uhr, gleich nach Feierabend, bei Zannaschl, Inselstr. 10:
Firmen-Versammlung.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller bei der Firma Albert Lugino beschäftigten Bucher und Träger bestimmt zu erscheinen. 128/14 Der Einberufer.

Tüchtiger Beschlagschmied
findet Gehalt durch Übernahme einer Schmiedewerkstatt in Fürstenwalde (20000 Ginn.), 7 Schmieden am Plage, zum 1. April 1911. Auskunft erteilt 9022
Heinze, Fürstenwalde, Feldstr. 3.

Viele Damen und Herren
haben durch Verwendung meiner **Schönheitsseife** ihr Bild gemacht. Wunderbare Wirkung. Stk. 75 Pf., 3 Stk. 2,00, Dtd. 7,50.
Verkaufshaus Zech, Berlin 463, Lichterfelder Str. 33.

Phänomen
Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.
Cigarettenfabrik
NAMKORI



